

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.19 - 59. Jahrgang

25./26. September 2009

Wahltaxi
Wir fahren Sie hin.
030.4692-222

Am 27. September sicher zum Wahllokal und zurück
Wenn Sie gehbehindert sind oder nicht gut zu Fuß, müssen Sie am Wahltag dennoch nicht auf die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal verzichten.
■ Wir fahren Sie hin.
Unter der Telefonnummer der Berliner SPD 4692-222 können Sie ein Wahltaxi bestellen. Zögern Sie nicht, Ihre Stimme zählt!

Konsequent Berlin.
SPD

Unser Land kann mehr.

Wenn Sie gehbehindert sind oder nicht gut zu Fuß, müssen Sie am Wahltag dennoch nicht auf die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal verzichten. Wir fahren Sie hin. Unter der Telefonnummer der Berliner SPD 4692-222 können Sie ein Wahltaxi bestellen. Zögern Sie nicht. Ihre Stimme zählt!

Wahlwürfel am Breitscheidplatz. Der überdimensionale multimediale Infostand der SPD ist zurück in Berlin und steht von Freitag 9 Uhr bis Sonntag, 18 Uhr am Breitscheidplatz. Franz Müntefering ist am Sonnabend um 11 Uhr am Wahlwürfel.

Imchenfest. Zum Wahlkampfendspurt mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, dem SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller, Innensenator Ehrhart Körting und dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz lädt die SPD am 26. September von 11 bis 22 Uhr nach Kladow: Das traditionsreiche Imchenfest am Hafen, das seit fast dreißig Jahren von der SPD ausgerichtet wird, gibt einen Tag vor der Bundestagswahl den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch einmal Gelegenheit, um Wählerstimmen zu werben. Neben Musik und Tanz, Grillwürstchen, Ponyreiten, Spielen und Kinderflohmarkt bietet die SPD auch die Chance, über alle brennenden Themen zu diskutieren.

SPD-Fest in Steglitz-Zehlendorf. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter und die SPD Steglitz-Zehlendorf laden zum Sommerfest am 26. September von 11 bis 15 Uhr am Rathaus Zehlendorf, Teltower Damm. Mit dabei ist Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. **BS** □

Bundestagswahl:

Wählen! Für eine starke SPD!

Schlussspurt beginnt - Die Wahl ist offen

Nur noch wenige Stunden bleiben für den Schlussspurt. Die Berliner SPD will die Zeit nutzen. Nach der Kundgebung am Freitag um 17 Uhr am Brandenburger Tor mit Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Klaus Wowereit geht es mit zahlreichen Aktionen, Festen und Infoständen weiter. Bis Sonntag 18 Uhr stehen am SPD-Wahlwürfel, dem multimedialen Informationsstand am Breitscheidplatz, alle wahlentscheidenden Informationen zur Verfügung.

Neben der Zweitstimme, die über die Zusammensetzung des Bundestages entscheidet, kommt diesmal der Erststimme für die Wahlkreiskandidaten eine besondere Bedeutung zu. Denn nur viele durch die SPD direkt gewonnene Wahlkreise können verhindern, dass schwarz-gelb durch Überhangmandate doch noch eine Mehrheit bekommt.

Nach dem erfolgreichen TV-Duell hat die Aufholjagd der SPD bei den Wählerinnen und Wählern deutlich an Fahrt gewonnen. Die Themen der SPD - Mindestlohn, Atom-



Frank-Walter Steinmeier und Klaus Wowereit
Foto: Horb

ausstieg, gerechte Steuerpolitik, kostenlose Bildung - kommen in den Gesprächen an den Ständen an. Die Steuersenkungsversprechen von CDU und FDP werden als unglaubwürdig wahrgenommen. Sie wären nur durch tiefe soziale Einschnitte finanzierbar, so das SPD-Präsidium am Montag in einem Aufruf. Dies stelle „eine Gefahr für das Soziale und das Demokratische in unserem Land“ dar. **U.H.** □

siehe auch S.2 - 5

Vergabegesetz:

Bei Auftrag Mindestlohn

Berliner Senat will Firmen auf Standards verpflichten

Unternehmen, die in Berlin öffentliche Aufträge ausführen, dürfen ihren Beschäftigten künftig nicht weniger als 7,50 Euro zahlen. Die Zahlung von Mindestlöhnen soll im neuen Vergabegesetz geregelt werden, das der Senat in dieser Woche vorgelegt hat.

Bereits 2008 hatte Berlin einen ersten Vorstoß gegen Lohndumping unternommen. Der neue Gesetzentwurf berücksichtigt nun auch die vom Europäischen Gerichtshof im April 2008 auferlegten Vorgaben.

Der Senat will mit dem neuen Vergabegesetz dafür sorgen, dass Mindeststandards bei Lohn und Arbeitsschutz eingehal-

ten werden, wenn Firmen für das Land Berlin arbeiten. Unternehmen sollen die tarif-

IN DIESER AUSGABE:

U18: ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNG	S. 2
OTTO-WELS-STELE EINGEWIEHT?	S. 8
BARBARA KISSELER: DIE REDE	S. 9
DIE S-BAHN ÜBERNEHMEN	S. 10

rechtlichen Verpflichtungen aus dem Arbeitnehmerentendegesetz beachten, das Gesetz enthält zudem eine Pflicht zur umweltfreundlichen Beschaffung. Die Regelungen sollen die Wettbewerbsverzerrung aufheben, unter der bislang tariftreue Firmen zu leiden hatten. **BS** □

Außenpolitik:

Geplanter Ausstieg

Dzembritzki begrüßt Steinmeiers Afghanistan-Plan

Der Zehn-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier ist der richtige Weg zur Eigenverantwortung Afghanistans. Das erklärte der Berliner Bundestagsabgeordnete Detlef Dzembritzki, Vorsitzender der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe Task Force Afghanistan.

Die Arbeitsgruppe der Fraktion, die sich detailliert mit den verschiedensten Aspekten des deutschen Engagements in Afghanistan auseinandergesetzt hat, sieht insbesondere im schnelleren Ausbau von Polizei und Armee, aber auch in einem Mehr an Verbindlichkeit die zentralen Anliegen, die gemeinsam mit der neuen afghanischen Regierung festgelegt werden müssen. Dzembritzki: „Die schrittweise Übergabe von Verantwortung war von Anfang an ein Wesensmerkmal unseres Engagements und belegt im Übrigen, dass wir keine Besatzer sind, sondern dem Land helfen wollen. Der Weg zu einem eigenen, friedlichen afghanischen Wiederaufbau kann nicht gelingen ohne den Justiz- und Verwaltungsaufbau. Auch dieser wird in dem Zehn-Punkte-Papier hervorgehoben. Die vorgesehene Verwaltungsakademie ist der richtige Weg, um hier schnell zu Erfolgen



Detlef Dzembritzki.

Foto: SPD Berlin

zu kommen. Auch der stärkere Fokus auf die ländliche Entwicklung sowie die Einbeziehung der Nachbarländer ist zu unterstützen.“

Eine Afghanistankonferenz zur Neufassung des Afghanistan Pakt (Afghanistan Compact), der im Februar 2006 mit der afghanischen Regierung geschlossen wurde, ist nach Ansicht Dzembritzkis genau der richtige Ort, um diese Vereinbarungen zu treffen. Damit könnten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Bundeswehr in Afghanistan überflüssig zu machen. **PM** □

U18-Abstimmung: Rot-grün vorn

Kinder und Jugendliche wählten bereits eine Woche früher

Gut eine Woche vor der Bundestagswahl haben sich bereits mehr als hunderttausend Jugendliche für eine Partei entschieden. Bei der U18-Wahl, der Abstimmung der unter 18jährigen, hatte schwarz-gelb keine Chance. Bei einer insgesamt eher bunten Mischung dominierte Rot-Grün.

Bundesweit kam die SPD auf 20,45 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 20 Prozent und der CDU mit 19,35 Prozent. Die Linke erhielt 10,35 Prozent. Noch vor der FDP mit 7,6 Prozent landete die Piratenpartei mit 8,7 Prozent. Auch die Tierschutzpartei punktet bei den Jugendlichen.

In Berlin fiel der rot-grüne Vorsprung noch klarer aus: Die SPD erreichte 23,65 Prozent, die Grünen 22,6 Prozent. Auf Platz 3 kommt die Linkspartei (15,3 Prozent), die CDU ist mit 13,52 Prozent weit abgeschlagen. Während die FDP bei den Berliner Jugendlichen an der 5-Prozent-Hürde scheitert, kommen Tierschutzpartei und Piraten locker darüber.

In den Bezirken ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild, allerdings weichen hier die Zahlen der jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer stark voneinan-

der ab. Das beste Ergebnis erzielt die SPD mit fast 43 Prozent - bei allerdings nur 134 abgegebenen Stimmen - in Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Wahlkreis Mitte erhält die SPD bei über 3800 Gesamtstimmen 37 Prozent, die CDU bleibt unter 10 Prozent. In Spandau liegt die SPD mit 31,2 Prozent bei rund 500 abgegebenen Stimmen vorn, in Neukölln mit 30,8 bei 2300 Stimmen.

In Pankow wird die SPD unter rund 2100 jugendlichen Wählerinnen und Wählern nach Grünen und Linkspartei nur Dritter, in Steglitz-Zehlendorf liegt sie - bei 4300 Abstimmenden - mit 16,01 Prozent knapp hinter der CDU, während die Grünen mit über 31 Prozent Erster werden. In Friedrichshain-Kreuzberg haben die Grünen einen Vorsprung von fünf Prozent vor der SPD. In Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg gewinnt die Linkspartei, in Treptow-Köpenick die SPD.

Regional dominierende Parteien können zwar in einigen Bereichen auch bei der U18-Wahl profitieren, die jungen Wählerinnen und Wähler setzen aber deutlich eigene zukunftsorientierte Schwerpunkte. Und die sind nicht schwarz-gelb. **U.H.** □

POLITIK PERSÖNLICH

Petra Merkel, Bundestagsabgeordnete in Charlottenburg-Wilmersdorf, absolviert jetzt auf Einladung des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft (BdWi) im Rahmen der Aktion „Praxis für Politik“ ein Praktikum an einer Sprint Tankstelle. Im Tankstellen-Outfit lernte Petra Merkel schnell alle Arbeitsfelder einer Tankstelle kennen. Ob tanken, kassieren oder mal schnell die Frontscheibe wischen - Petra Merkel war stets zur Stelle und hatte keine Hemmungen, auf die Kundinnen und Kunden zuzugehen. Im Gegenteil: So manch ein Kunde war schlichtweg baff über die hochmotivierte Hilfe der „Mitarbeiterin“ beim Tanken. Und auch der abgeknickte Seitenspiegel einer Kundin war kein Problem. Die Politikerin wusste Rat und spannte sowohl die Organisatoren der Aktion als auch die Tankstellen-„Kollegen“ für die Reparatur ein. Somit sparte die Kundin Zeit und den Weg zur Werkstatt. Begleitet wurde Petra Merkel vom Hauptgeschäfts-



führer des Bundesverbandes Freier Tankstellen (bft), Axel Graf Bülow aus Berlin. „Kein leichter Job: an der Kasse hat es jeder eilig, und nachts, wenn durch die Klappe bedient wird, gibt's schon mal kritische Situationen. Gern nehme ich wieder noch einmal an einer Aktion teil, das nächste Mal vielleicht in einem anderen Dienstleistungsunternehmen!“ □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Thema:

Die Richtungsentscheidung

Atomenergie - Mindestlohn - Arbeitnehmerrechte - Steuerpolitik - Gerechtigkeit

Schwarz-Gelb - das heißt „sozialer Kahlschlag“. Die Steuersenkungsversprechungen von Schwarz-Gelb könnten nur durch massive Kürzungen bei Gesundheit und Rente umgesetzt werden, stellt SPD Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier klar. Steinmeier: „Das sind zwei große Brocken: Die 14 Milliarden Euro an staatlichen Zuschüssen für das Gesundheitswesen und die 80 Milliarden, die aus Steuermitteln in die Rentenkasse fließen. Wer Steuern zusätzlich senken will, muss da kürzen.“ Schwarz-Gelb bedeutet daher „weniger Steuern für hohe Einkommen und sozialen Kahlschlag“.

Die Union hat sich nach Einschätzung Steinmeiers von dem marktradikalen Programm ihres Leipziger Parteitags nie verabschiedet. Nur durch die SPD sei sie in der Großen Koalition wieder zur Mitte gedrängt worden. Steinmeier: „Deshalb mache sich doch keiner Illusionen, was es bedeuten würde, wenn die wirtschaftsradi-kalen Kräfte in CDU und FDP sich verbinden.“ Dies gilt es zu verhindern. Denn jetzt zählen mehr denn je die richtigen Weichenstellungen - so wie sie im Deutschland-Plan angelegt sind.

Die Unterschiede sind dabei deutlich. Zum Beispiel in der Energiepolitik.

Während Union und FDP von der Atom-technik inzwischen verharmlosend als „Brückentechnologie“ sprechen, hält die SPD am verabredeten Atomausstieg fest. Denn wer jetzt auf längere Laufzeiten für Kernkraftwerke setzt, gefährdet die Energie-wende in Deutschland. Welcher Energiekonzern investiert schon in aufwendige neue Technologien, wenn er weiterhin mit einem alten, abgeschriebenen Atomkraftwerk einen Reingewinn von 1 Million Euro täglich erzielen kann? Im Bereich erneuerbarer Energien können allein in Deutschland bis 2020 200 Mrd. Euro Investitionen getätigt werden.

Und bleibt es bei CDU und FDP bei einer Laufzeitverlängerung. Bundesumweltminister Gabriel hat auf ein vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt aufmerksam gemacht, das nach seiner Einschätzung belegt, „dass die Union entgegen allen öffentlichen Beteuerungen mit dem Wiedereinstieg in die Atomenergie liebäugelt.“ Gabriel: „Denn es geht bei dem Forschungsprojekt des Bundeswirtschaftsministeriums gerade nicht darum, die Sicherheit laufender Reaktoren zu verbessern, sondern um Forschung, die für den Bau einer neuen Reak-



Klare Botschaft am Berliner SPD-Haus: Atomenergie abwählen.

torlinie benötigt wird. Herr zu Guttenberg nimmt der Atomindustrie quasi die Arbeit ab, auf Kosten des Steuerzahlers.“

Unterscheide werden auch deutlich, wenn es darum geht, Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen.

„Die Zeche der Krise dürfen nicht nur Arbeitnehmer und kleine Leute zahlen“, sagt Frank-Walter Steinmeier. Gemeinsam mit Finanzminister Peer Steinbrück hat er den Vorschlag für eine internationale Finanzmarktsteuer vorgelegt - im TV-Duell hat die CDU-Kanzlerin das abgelehnt. Dass die Krise in Deutschland noch keine größeren Auswirkungen hatte, ist vor allem der SPD zu verdanken. Sämtliche Vorschläge vom Konjunkturprogramm über die Umweltprämie bis hin zur Verlängerung und Aufwertung der Kurzarbeit: „All das hat die SPD vorgelegt, Frau Merkel hat es nur abge-nickt“, so Frank-Walter Steinmeier. Und für ihn ist klar: Marktradikale Konzepte sind die falschen Antworten auf die Krise.

Klare Gegensätze gibt es auch beim Mindestlohn und dem Schutz von Arbeitnehmerrechten.

Gute Arbeit zu fairen Löhnen und Mindestlohn „wird es nach der Wahl geben, aber nur mit einer starken SPD in der Regierung!“, so Frank-Walter Steinmeier. „Denn viele in Union und FDP wollen in den Branchen, wo wir Mindestlöhne gegen CDU/CSU durchgekämpft haben, das Rad wieder zurück drehen.“ Zwar hat die CDU unter dem Druck der SPD Branchenlösungen beim Mindestlohn zugestimmt, einen flächendeckenden Mindestlohn, wie ihn die SPD fordert, aber lehnt sie ab. In 20 von 27 europäischen Staaten gebe es einen gesetzlichen Mindestlohn, hielt Frank-Walter Steinmeier Angela Merkel im TV-Duell vor. Zu einem Arbeitsplatzabbau sei es in keinem dieser Staaten gekommen. Forderungen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Schwächung der Gewerkschaften stehen zwar im CDU-Programm nicht mehr drin, um Wähler nicht zu ver-



Will eine Politik des sozialen Ausgleichs umsetzen: Frank-Walter Steinmeier. Fotos: Horb

schrecken - sie finden sich aber im FDP-Programm und könnten in schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen beschlossen werden.

In der Gesundheitspolitik werden die Weichen für oder gegen ein solidarisches System gestellt.

Die SPD will die Bürgerversicherung einführen, damit alle Menschen solidarisch versichert sind und zur Solidarität beitragen. Der Bürgerversicherungstarif kann sowohl von gesetzlichen als auch von privaten Krankenkassen angeboten werden. Wir stehen dazu, dass Wettbewerb das Gesundheitssystem verbessert. Aber Wettbewerb darf nicht auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden. Mit der Bürgerversicherung wollen wir verhindern, dass sich weiterhin die 10 Prozent der am besten Verdienenden aus der Solidarität entziehen können.

Handeln, nicht zaudern, fordert die SPD.

Auf Entschlossenheit komme es jetzt an. So werde sich etwa in der Bildungspolitik entscheiden, „ob das nächste Jahrzehnt ein gutes Jahrzehnt wird oder nicht“, sagt Steinmeier. Und Gleichstellung: Noch immer verdienen Frauen bis zu 25 Prozent weniger als Männer und sind in Spitzenpositionen kaum vertreten. „Da müssen wir was machen“, bekräftigte der SPD-Kanzlerkandidat. Die SPD will gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten.

„Ich trete dafür an“, so Steinmeier in seinem Abschluss-Statement im TV-Duell, „dass jeder, der arbeitet, von seinem Einkommen auch leben kann. Dass Gesundheit für jeden zur Verfügung steht. Unabhängig davon, wie er versichert ist. Ich stehe dafür, dass es beim Atomausstieg bleibt.“ Und es gehe um sozialen Ausgleich, darum, dass Vernunft und Verantwortung in die Wirtschaft zurückkehrten. „Das ist mein Weg. Ich bitte Sie um Unterstützung.“

BS □

Wahlkampf:

Unterwegs in Berlin

Feste - Diskussionen - Infostände: Die SPD-Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort

Straßenfeste, Infostände, Diskussionsrunden im großen und kleinen Kreis und viele prominente Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer - in den vergangenen Tagen hat die Berliner SPD noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig der 27. September ist.

Lietzenseefest. Dichtes Gedränge auf dem Lietzenseefest der SPD-Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel und der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit nutzten das Fest, um noch einmal zur Wahl aufzurufen. Der schwarz-gelbe Vorsprung schwindet, immer mehr Wähler wenden sich von einer Politik ab, die Mindestlöhne ablehnt oder die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern will. Klaus Wowereit führte bei einem Rundgang über das Fest zahlreiche Gespräche, er begrüßte junge und ältere Festbesucher und gab zahllose Autogramme.

Besuch bei Integrationseinrichtungen. Im Rahmen einer Informationsfahrt gemeinsam mit der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Migration konnte sich der Steglitz-Zehlendorfer SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter einen Einblick in die Tätigkeit von Integrationseinrichtungen im Bezirk verschaffen. Dazu gehörte die Interkulturelle Initiative, die in Zehlendorf eine Anlaufstelle, ein Frauenhaus und ein Wohnprojekt für von Gewalt betroffene Migrantinnen unterhält, ebenso wie ein Integrationsprojekt für Aussiedlerinnen und Aussiedler in Lichterfelde-Süd und die Hellenische Gemeinde in Steglitz. Die aktuellen Zahlen belegen: Auch in Steglitz-Zehlendorf haben jede fünfte Einwohnerin und jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund. Diese Menschen oder deren Eltern kommen aus annähernd 170 Staaten. Meistens aus Polen, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, der Türkei und den USA.

Straßenfest vor dem BürgerBüro von Fritz Felgentreu. Am 19. September fand wieder das Straßenfest vor dem BürgerBüro statt. Organisiert von der Abteilung Hermannstraße in der SPD Neukölln. Natürlich mit dabei: Fritz Felgentreu, der die Abteilung einige Jahre als Vorsitzender geführt hatte. Um 14 Uhr ging es los - eröffnet wurde das Fest vom Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky. Bei Kaffee und Kuchen, oder - wer das lieber mochte - bei Bier und Bratwurst gab es für die Bürgerinnen und Bürger rund um die Schillerpro-



Ulrich Nußbaum und Jörg Stroedter beim Straßenfest in Tegel. Foto: Thomas Weber

menade Gelegenheit, mit Fritz Felgentreu und Heinz Buschkowsky ins Gespräch zu kommen. Im BürgerBüro stehen die Mitarbeiter von Fritz Felgentreu den Einwohnern Neuköllns vor allem bei Problemen mit Behörden zur Verfügung.

Diskussionsrunden mit Jörg Stroedter in den Schulen. Zu politischen Wahlkampfauseinandersetzungen haben in Reinickendorf u.a. die Humboldt-Schule, die Gabriele von Bülow- oder die Georg-Herwegh-Oberschule geladen. Viele interessierte Schülerinnen und Schüler konnten sich so ein Bild der Reinickendorfer Direktkandidaten für den Deutschen Bundestag machen. „Es ist eben auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ob man von seinem Lohn leben kann“, so Stroedter, der damit auf die Einführung eines Mindestlohn verwies. Er betonte, dass es vor allem im Interesse der Schülerinnen und Schüler sei, dass keine Studiengebühren eingeführt werden. Und dass es darauf ankomme, durch wen man sich wie vertreten lassen möchte.

Gespräch mit Innungsvertretern. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Petra Merkel trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Innungen im September zu einer Gesprächsrunde. Die Politikerin freute sich besonders, dass in diesem Jahr Harald Christ, Mittelstandsbeauftragter im SPD-Wahlkampfteam von Frank-Walter Steinmeier, als Gesprächsteilnehmer zur Verfügung stand. Auf der Tagesordnung standen die Themen Mindestlohn, der Deutschland-Plan sowie die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Mittelstand. Als kompetente Ansprechpartner für Berlin und den Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf standen auch in diesem Jahr Michael Müller, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, und Marc Schulte, Bezirksstadtrat für Wirt-



Besuch bei Integrationsprojekten in Steglitz-Zehlendorf. Foto: Lutz Vollrodt

schaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung in Charlottenburg-Wilmersdorf, Rede und Antwort.

„Mir ist der „direkte Draht“ zu den verschiedenen Innungen sehr wichtig. So gibt es - je nach Branche - auch unterschiedliche Themenschwerpunkte und Anregungen, die diskutiert werden. Das regelmäßige Gespräch mit den Innungen ist deshalb ein wichtiger Bestandteil meiner politischen Arbeit. Und das nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes - seit 2004 biete ich diese Gesprächsrunden regelmäßig und zweimal im Jahr an. Der Gedankenaustausch gibt mir wichtige Impulse für meine parlamentarische Arbeit“, so Petra Merkel.

Berlin-Marathon. Die Berliner SPD hat den 36. Berlin Marathon wieder an mehreren Stationen entlang der Strecke mit Musik begleitet. So lockte die Abteilung Kreuzberg 61 der SPD Friedrichshain-Kreuzberg ab 8.00 Uhr mit einem Kaffee- und Würstchen-Stand am „Backboard“ an der Gneisenaustraße. Die SPD Neukölln war von 8.00 bis 12.00 Uhr am Herrmannplatz. Am Breslauer Platz in Friedenau, wo die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert Luftballons und Trillerpfeifen verteilte, spielte die Dixie-Band „Umbrella Jazzmen“ auf. Aufmunterung und Unterstützung für die Läuferinnen und Läufer gab es auch an der Lentzallee in Steglitz-Zehlendorf, wo die Abt. 10 Dahlem ab 10.00 Uhr für Kaffee, Kuchen und die musikalische Begleitung durch die Dixie-Band „Seven-End Jumpers“ sorgte.

Fritz unterwegs: Hausbesuche in Buckow. Auch im südlichen Teil Neukölln ist Fritz Felgentreu in diesen Tagen unterwegs. Zu Beginn der Woche führte er mit seinen Helfern und dem Jungen Team Hausbesuche in Buckow durch: im Basalt- und Ankogelweg sowie auf dem Mariendorfer Damm. Bis zur Bundestagswahl



Am Infostand in Spandau: Der SPD-Vorsitzende Michael Müller. Foto: Gabi Stern.



Rosenverteilung mit Klaus Wowereit im Gesundbrunnen-Center. Foto: Ulrich Horb



SPD-Bühne in Friedenau beim Berlin-Marathon. Foto: Horb

wird Fritz Felgentreu an etwa 2.800 Häusern geklopft haben. Mit den Hausbesuchern möchte sich Fritz Felgentreu möglichst vielen Neukölnnerinnen und Neuköllnern persönlich als SPD-Bundestagskandidat vorstellen.

Gorkistraßenfest. Viele hundert Reickendorfer Bürgerinnen und Bürger kamen zum traditionellen Gorkistraßenfest der SPD in Tegel. Auf der Bühnen diskutierten Walter Momper, Finanzsenator Ulrich Nussbaum, Klaus Wowereit und Bundestagskandidat Jörg Stroedter. Für Stroedter warb auch der langjährige Bundestagsabgeordnete und Bezirksbürgermeister Detlef Dzembritzki gegen.

Michael Müller bei Swen Schulz in Spandau. Auch der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller ist unterwegs in den Bezirken und unterstützte am Montag den Spandauer Bundestagsabgeordneten Swen Schulz am Infostand in der Altstadt Spandau. Viele Menschen scheinen die letzten Tage intensiv zu nutzen, um sich zu informieren. Stark genutzt wurde auch die „rollende Bürgersprechstunde“ von Swen Schulz - bis Freitag an jedem Tag von 10:30 bis 18:00 Uhr auf dem Marktplatz in der Altstadt Spandau.

Björn Böhning am Currywurst-Stand. Wahlkampf kann auch anders genutzt werden: Mit einer Charity-Aktion für das außergewöhnliche Sozialzentrum mit dem Motto „Kunst trotz(t) Armut“ aus Kreuz-

berg hat der SPD-Direktkandidat Björn Böhning am Mittwoch die soziale Spaltung in Deutschland ins Blickfeld gerückt. Bei „Curry 36“, dort, wo BVG-Mitarbeiter, Polizisten, Künstler, Politiker und junge Leute Schlange um die Wurst stehen, hat der SPD-Bundestagskandidat für Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost gegrillt und Currywürste verkauft, um so auf das Projekt „Gitschiner 15“, das Zentrum für Gesundheit und Kultur – gegen Ausgrenzung und Armut, aufmerksam zu machen. Ein Teil des Erlöses der Grillaktion bei „Curry 36“ kam direkt dem Projekt zugute, das nur mit Hilfe von Spenden überleben kann. Im Anschluss stand Björn Böhning für Fragen und Gespräche mit den Gästen bei einer Currywurst bereit.

Andreas Geisel bei Schülerdiskussion. Für den 17. September hatte das Coppig-Gymnasium in Karlshorst alle Lichtenberger Bundestagskandidatinnen und -kandidaten zur Diskussion geladen. In Anwesenheit von ca. 80 Schülerinnen und Schülern wurde über Bildung, Soziales, Datenschutz, Umweltschutz und Außenpolitik diskutiert. Zur Außenpolitik machte Andreas Geisel deutlich, dass es gefährlich sei, wie die Linke einen sofortigen Abzug aus Afghanistan zu fordern. Damit würde sich Deutschland nicht nur international isolieren, es würden auch all die kleinen Erfolge der letzten Jahre zunichte gemacht. Geisel betonte aber, dass schnell ein Abzugsplan erarbeitet werden muss, der in den nächsten Jahre umgesetzt werden müsse. **BS** □



Petra Merkel im Gespräch mit Vertretern der Innungen in Charlottenburg. Foto: Büro Merkel



Umweltfreundlich unterwegs: Swen Schulz auf Kummertour in Spandau. Foto: Büro Schulz

Rückmeldung

Carolyn Mahn:

Schwung nutzen

Rückmeldung zum Wahlkampf: Für die BERLINER STIMME kommentiert Internet-Bloggerin Carolyn Mahn den Wahlkampf aus der Außenansicht.

Wahlkampf. Bald ist er zu Ende. Und ich komme kaum umhin, darob eine gewisse Erleichterung zu verspüren. Nicht nur dass ich mich dann wieder vollumfänglich meinem Leben widmen kann. Es endet auch die Zeit, in der sich Parteien und politische Gruppierungen aller Art derart plump für das Wahlvolk präsentieren und um Stimmen werben, dass sich mir der Ausdruck „Prostitution“ schon beinahe aufdrängt. Bei all dem überwiegend inhaltsleeren Getöse ist es doch kaum verwunderlich, dass Wähler nicht oder nur sehr untergeordnet nach Inhalten abstimmen.

Ausnahmen gibt es, wie immer, auch hier. Und hier zeichnen sich vor allem die Parteien aus, die im Moment in Thüringen um eine gemeinsame Regierungskoalition ringen. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Ringen noch vor dem 27. September zu einem Ergebnis mit Signalwirkung führt. Ohnehin hat sich die Schar der U18-Wähler, von denen sich die aktuellen Erstwähler kaum unterscheiden, sehr deutlich für Parteien mit Inhalten im Wahlkampf ausgesprochen: SPD, Grüne, Linke, Piraten. Und auch Frank-Walter Steinmeier hat sich im zurückliegenden TV-Duell mit Inhalten und Argumenten von seiner Konkurrentin emanzipieren können.

All das lässt für den Wahlsonntag hoffen. In den letzten Tagen vor dem Urnengang gilt es also zu motivieren und all die potentiellen Wähler auch wirklich zum Wahllokal zu bewegen. Wenn es gelingt, den Schwung aus den letzten Wochen noch zum nächsten Wochenende zu tragen, dann sind Überraschungen sicher.

Vielleicht sollte man noch ein paar Schirme unters (Wahl-)Volk bringen, um dem Wähler keinen Grund zu geben, wegen Regen das Haus nicht zu verlassen. Nur zur Sicherheit. □

Gesundheit:

Alles unter einem Dach

Michael Müller: Pflegestationen schaffen für Angehörige eine große Erleichterung

Mit der Pflegereform 2008 ist die Einrichtung von Pflegestützpunkten möglich geworden. In Berlin sind dafür jetzt die Weichen gestellt.

Die Pflegestationen sind nach Überzeugung des SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden „für viele Angehörige und Betroffene eine große Erleichterung“. Michael Müller: „Viele Pflegebedürftige und deren Angehörige sind mit ihrer Situation überfordert. Die meisten wissen nicht, wo und wie sie angemessen und ausreichend Hilfe bekommen können.“ Das ändere sich mit den zunächst 28 Pflegestationen, die in Berlin bis Ende 2009 eingerichtet werden. Michael Müller: „Alle an der Pflegeberatung Beteiligten arbeiten unter einem Dach und koordinieren sämtliche Pflegeprozesse gemeinsam. Pflegestützpunkte sind wohnortnah und barrierefrei zu erreichen. So fallen unnötige bürokratische Hürden und lange Fahrtwege weg, und Pflegebedürftige erhalten eine optimale Versorgung und Betreuung. Wir wollen, dass sich Pflegebedürftige und deren Angehörige nicht mehr allein gelassen fühlen und die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.“

In diesem Herbst nehmen die ersten Pflegestützpunkte ihre Arbeit in Berlin auf. Die weiteren Pflegestützpunkte sollen schrittweise bis Ende 2011 eingerichtet werden, so dass dann in jedem Bezirk bis zu drei Pflegestützpunkte als feste Anlaufstellen für Ratsuchende zur Verfügung stehen werden.

Ulker Radziwill, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion begrüßt vor allem die Vereinfachung der Organisation im Pflegefall: „Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bekommen eine kompetente und unabhängige Pflegeberatung. Das gesamte Leistungsgeschehen wird an einem Ort koordiniert: Die Pflegeberaterinnen und Pflegeberater übernehmen sämtliche Formalitäten und erstellen gemeinsam mit den Betroffenen angemessene Versorgungspläne. Pflegestützpunkte sind wohnortnah und barrierefrei zu erreichen.“



Fortschritt in der Gesundheitspolitik: Die Pflegesituation wird in Berlin verbessert. Foto: BS

„Die Kosten für die Pflegestützpunkte tragen alle an den Verträgen beteiligten Kostenträger gemeinsam anteilig“, erklärt Stefanie Winde, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion. „Vom Bund ist dabei eine Anschubfinanzierung für die Länder in Höhe von 60 Millionen Euro vorgesehen. Pro Pflegestützpunkt ist eine Summe von 45 000 Euro, bei Einbeziehung von ehrenamtlich Tätigen oder Selbsthilfegruppen sind bis zu 50 000 Euro vorgesehen.“

Die bisherigen zwölf „Berliner Koordinierungsstellen Rund ums Alter“ werden zu Pflegestützpunkten und damit als Anteil des Landes Berlin in die neue Beratungsstruktur integriert. Das Land Berlin zahlt weiterhin die Kosten für die zwölf „Koordinierungsstellen Rund ums Alter“.

In den Pflegestützpunkten gibt es eine unabhängige Beratung über alle pflegerischen, medizinischen und sozialen Leistungen. Hier findet auch die Vernetzung aller an der Pflege Beteiligten wie der Pflege- und Krankenkassen, der Altenhilfe und der Sozialhilfeträger statt. Abstimmung und Organisation von Behandlungs- und Versorgungsabläufen mit allen Beteiligten übernimmt die Pflegeberaterin oder der Pflegeberater. **BS** □

Service:

Überblick über die Berliner Pflegestützpunkte

Pflegestützpunkte in Trägerschaft der AOK Berlin:

1. Neukölln, Donaust. 89, 12043
2. Friedrichshain-Kreuzberg, Mehringplatz 15, 10969
3. Mitte, Karl-Marx-Allee 3, 10178
4. Schöneberg, Hauptstr. 42, 13158
5. Steglitz-Zehlendorf, Clayallee 342, 14169
6. Charlottenburg-Wilmersdorf, Zillestraße 10, 10585
7. Pankow, Hauptstr. 42, 13158
8. Treptow-Köpenick, Hans-Schmidt-Straße 16-18, 12489 Berlin
9. Marzahn-Hellersdorf, Janusz-Korczak-Straße 11, 12627

In Trägerschaft der BKK:

10. City-BKK: Charlottenburg-Wilmersdorf, Pommernallee 1, 14052
11. Siemens BKK: Spandau, Nonnendammallee 104, 13629

In Trägerschaft der Knappschaft:

12. Friedrichshain-Kreuzberg, Wilhelmstraße 138, 10963
13. ab 1.11.2009 Reinickendorf, Schloßstraße 23, 13507

In Trägerschaft der vdek:

14. Friedrichshain-Kreuzberg, Axel-Springer-Straße 44, 10969

Pflegestützpunkte in Geschäftsführender Trägerschaft des Landes Berlin

15. Neukölln, Werbellinstraße 42, 12053
16. Charlottenburg-Wilmersdorf, Bundesallee 158, 10715
17. Friedrichshain-Kreuzberg, Wilhelmstraße 115, 10963
18. Lichtenberg, Weißenseer Weg 6, 10367
19. Marzahn-Hellersdorf, Mehrower-Allee 50, 12687, nach Umzug Marzahner Promenade 49, 12679
20. Mitte, Reinickendorfer Straße 61 13347
21. Pankow, Mühlenstraße 48, 13187 Berlin
22. Reinickendorf, Wilhelmsruher Damm 116, 13439
23. Spandau, Carl-Schurz-Straße 2-6, 13578
24. Steglitz-Zehlendorf, Johanna-Stegen-Straße 8, 12167
25. Tempelhof-Schöneberg, Reinhardtstraße 7, 12103 Berlin
26. Treptow-Köpenick, Spreestraße 6, 12439 Berlin

Anregende Pläne für Bibliothek im Wedding

Spannende Diskussionen hat die aktuelle Ausstellung in der Galerie des Kurt-Schumacher-Hauses ausgelöst.

Dort sind bis zum 2. Oktober Arbeiten von Studenten der Beuth-Fachhochschule zu sehen, die sich mit der Planung der Wedding Stadtbibliothek am Leopoldplatz beschäftigen. Jetzt diskutierten Studenten, Dozenten und Kommunalpolitiker, darun-



ter Stadträtin Dagmar Hänisch, über die verschiedenen Konzepte, den zeitlichen Rahmen und die Wege zu einer Realisierung des Projekts im Bezirk Mitte. **BS** □

➡ Ausstellung in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, geöffnet montags bis freitags 11 bis 13 Uhr, 14 bis 19 Uhr.

Pankow:

„Glücklich, aber langweilig“

Bei „Thierse trifft...“: Rolf Schneider zur Nachwendezeit

„Rolf Schneider ist jemand, der differenziert über Vergangenheit und Gegenwart erzählt“, beschrieb Wolfgang Thierse, SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Pankow, auf der Lesung und anschließenden Diskussion im Glassaal der Cajewitz-Stiftung den Autor. „Deshalb dachte ich, der passt sicherlich zu mir und stimmte seinem Vorschlag zu, gemeinsam sein neues Buch vorzustellen.“

Rolf Schneider las aus seinem jüngst erschienenen Buch „Marienbrücke“ vor, indem er seine Erfahrungen als ehemaliger DDR-Bürger verarbeitete. Schneider erzählt in seinem Roman die fiktive Geschichte des Jacob Kersting, der seine Kindheit im Nazi-Deutschland erlebte und seine Jugend in der jungen DDR verbrachte. Mit Jacob Kersting stellt der Schriftsteller eine Figur dar, der alles misslingt. Dauernd zwischen Anpassung und Widerstand in zwei verschiedenen totalitären Systemen stehend, ist Jacobs Existenz zum Scheitern verurteilt. Sein Ohnmachtgefühl wird gestärkt durch seinen dominanten Vater, einem Anarchisten und Regimegegner, und durch einen ständigen Wohnortwechsel.

Schneider stellt in seinem Buch, wie er anschließend im Gespräch mit Thierse erklärte, keine fröhliche Inszenierung der DDR dar. Er beschreibe sie „grau und hässlich, wie sie halt war“.

„Könnte die Geschichte dieses Mannes nach der Wende 1989 weitererzählt werden?“ wollte Thierse von seinem Gast wissen. Darauf zitierte Schneider aus einer Rezension seines Buches: „Dieser Mann ist für danach nicht zu gebrauchen.“ Ein Kritiker redete daher auch von einem „Vor-Wende-Roman“. Er bezeichnete Schneider als eine Person, der nicht von der DDR-Geschichte loskomme. Schneider gestand: Verglichen mit der DDR empfinde er die Zeit nach dem Mauerfall als ausgeschlossen glücklich, aber als langweilig und undramatisch. Sie gebe keinen Stoff für einen Roman. Dennoch sei die Gegenwart für ihn ausgesprochen angenehm. Landschaftspflege sei heute neben der Schreiberei sein Steckenpferd. Sein Engagement in seinem Heimatort Wernigerode und das von vielen anderen Menschen in Ostdeutschland in diesem Bereich zeigen bereits Früchte. Als Beispiele für „blühende Landschaften“ nannte er das Krämer Viertel in Erfurt oder die Stadt Görlitz an der deutsch-polnischen Grenze.

Schneider bejahte Thierses Frage, ob sich die ostdeutschen Menschen verändert hätten und beantwortete auch an welcher



Schriftsteller Rolf Schneider zu Gast bei „Thierse trifft...“

Foto: Petra Wolf

Stelle: Er vermisse in der heutigen Generation das Geschichtsbewusstsein. Selbst die Älteren, denen in der DDR noch Zahlen und Fakten eingetrichtert wurden, schienen alles vergessen zu haben bzw. vergessen zu wollen.

Zum Thema Rechtsradikalismus waren Thierse und Schneider aber unterschiedlicher Meinung. Während Thierse seine Erfahrungen mit rechtsextremen Jugendlichen in Ostdeutschland und die Wiederwahl der NPD in Sachsens Landtag mit größter Sorge betrachtete, beurteilte Schneider den Rechtsextremismus in Deutschland als „beherrschbar“. Dabei wollte er auf keinen Fall die Problematik herunterspielen, sondern er bezog sich auf einen Vergleich mit Frankreich, wo die Front National deutlich populärer und aggressiver und damit gefährlicher sei.

Schneider hatte keine Scheu, vor dem Publikum Wahlkampf für Wolfgang Thierse zu machen: Die DDR war eine Tyrannei und ein Entwicklungsland, fand er. Kein Wunder also, dass er, als er 1990 Thierse zum ersten Mal im Fernsehen als Mitglied der Volkskammer sah, beeindruckt war. Er erlebte einen jungen Mann mit roten Haaren, der über Demokratie redete und dabei so sprach, als hätte er Rhetorik an der Universität in Tübingen studiert.

Thierse, so Rolf Schneider, sei in Laufe der Jahre als Politiker nicht abgehoben und sei nicht großenwahnsinnig geworden, sondern sei bescheiden geblieben. Als Mitglied des Kulturforums, dessen Vorsitzender Thierse ist, wisse Schneider ihn als einen Mann, der mit Kunst und Kultur umgehen könne, sehr zu schätzen. Leider wohne er nicht in Pankow - als Pankower würde er Thierse die Erststimme geben.

Petra Wolf □

Ulker Radziwill:

Mehr Demokratie

Wahlrecht für Zugewanderte

Am 27. September finden wichtige Wahlen für unser Land statt und ein beachtlicher Teil der Menschen darf nur zuschauen. Der Grund: am falschen Ort geboren, nicht in der richtigen Familie gelandet oder einfach nur das falsche Papier in der Ausweishülle.

Für die SPD ist klar: Die doppelte Staatsbürgerschaft muss Teil eines moderneren Staatsbürgerschaftsrechts werden. Schon heute ist Mehrstaatlichkeit vielfach vorhanden. Aber den Kindern von Gastarbeitern und Zugewanderten wird diese Möglichkeit nicht gegeben.

Genauso muss Drittstaatlern, die schon mehrere Jahre hier leben, das kommunale Wahlrecht gewährt werden. Dies ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern insbesondere im Interesse unserer Gemeinschaft, wenn wir den Zusammenhalt stärken und das Zusammenwachsen fördern wollen!

Das Wahlrecht ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Demokratie lebt vom Mitmachen und dazu bedarf es einer Stimme. Migrantinnen und Migranten tragen wie alle anderen zum Erfolg Deutschlands bei. Sie sind Nachbarn, Steuerzahler, Vereinskollegen und Konsumenten.

Das tägliche Geschrei über Politikverdrossenheit ist ein Hohn gegenüber den Menschen, denen es verwehrt wird, am politischen Alltag teilzunehmen. Deshalb bedarf es in der nächsten Legislaturperiode einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts und des kommunalen Wahlrechts.

Die Sozialdemokratie setzt sich mit ihrem Regierungsprogramm dafür ein: Nur mit einer starken SPD wird es Bewegung hin zum kommunalen Wahlrecht und der Modernisierung unseres Staatsbürgerschaftsrechts geben!

Ich werde mit und innerhalb der SPD - auch für kommende Koalitionen - dafür kämpfen, dass diese Forderungen Beachtung finden. Denn: Eine starke Demokratie wird vom Mitwirken der Bürger und Bürgerinnen getragen!



Ulker Radziwill, MdA, ist Berliner Bundestagskandidatin und Vorsitzende der AG Migration der Berliner SPD

FRAKTION INTERN

Mehr Toleranz für Kinder. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie des Berliner Abgeordnetenhauses hat jetzt mehrheitlich einem Antrag der Koalition zugestimmt, durch eine Änderung des Landes Immissionsschutzgesetzes Kinderlärm zu privilegieren. Danach sind störende Geräusche, die von Kindern ausgehen, als Ausdruck selbstverständlicher kindlicher Entfaltung und zur Erhaltung kindgerechter Entwicklungsmöglichkeiten grundsätzlich sozialadäquat und damit auch zumutbar.

„Damit sind wir einen entscheidenden Schritt weiter auf dem Weg hin zu einer kinderfreundlichen Stadt,“ sagt Sandra Scheeres, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Wichtig ist uns dabei auch, dass die Ausweitung der Ganztagsbetreuung in den Berliner Schulen nicht durch Lärmschutzaufgaben torpediert werden kann,“ betont Sandra Scheeres. Die Abgeordneten der Koalition machen aber deutlich, dass es auch Grenzen beim Kinderlärm gibt. Deshalb wird es zum Beispiel weiterhin eine Einzelfallbetrachtung bei Konflikten geben.

Kein Platz für Zirkusse bei Tierquälerei. Der tierschutzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz, fordert, dass Zirkusse nur Flächen zur Verfügung gestellt werden, wenn sie auf bestimmte Wildtierarten verzichten. Dazu gehören Bären, Affen, Elefanten, Nashörner, Flusspferde, Großkatzen und Giraffen. „Wissenschaftliche Gutachten und Stellungnahmen bestätigen, dass Wildtiere im Zirkus nicht artgemäß gehalten werden können“, erläutert Buchholz.

Selbst die aus Tierschutzsicht völlig unzureichenden Mindestanforderungen an die Haltung von Wildtieren erfüllen viele Zirkusse - oftmals aus wirtschaftlichen Gründen - nicht. Das führt zu Verhaltensstörungen oder sogar zu Krankheiten bis zum Tod der Tiere. Daniel Buchholz unterstreicht: „Das kann nicht länger hingenommen werden. Leuchtende Kinderaugen passen nicht zu Tierquälerei.“

Neues Faltblatt zu Pflegestützpunkten. Das neue Faltblatt „Was tun im Pflegefall? Pflegestützpunkte in Berlin“ ist in der Pressestelle der SPD-Fraktion erhältlich. Darin werden die neuen Anlaufstellen zur Beratung im Pflegefall vorgestellt. **cs** □

➡ Materialien der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses können angefordert werden bei der Pressestelle der SPD-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin-Mitte, Tel. 23 25 22 40. Viele Materialien stehen im Internet als PDF-Dateien zum Download zur Verfügung unter [www.spdfraktion-](http://www.spdfraktion-berlin.de)

Gedenken:

„Mutiger Akt des Widerstands“

Gerhard Schröder erinnerte an Otto Wels

Gerade in der Erinnerung an Otto Wels, den Sozialdemokraten, der 1933 die Stimme gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers erhob, zeigt sich nach Ansicht von Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes gegen Rechtsradikalismus. Schröder erneuerte seine Forderung nach einem „Aufstand der Anständigen“ gegen das dumpfe Gedankengut rechter Extremisten.

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte am 16. September in Berlin-Köpenick an der Einweihung einer Gedenkstele aus Anlass des 70. Todestages des Sozialdemokraten Otto Wels teilgenommen. Gemeinsam mit ihm erinnerten der SPD-Bundesgeschäftsführer und Bundestagskandidat für den Wahlkreis Berlin Treptow-Köpenick Kajo Wasserhövel und der Vorsitzende der SPD Treptow-Köpenick und Bürgermeister a. D. Klaus Ulbricht an den Vorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion. Die Stele befindet sich in Berlin-Friedrichshagen in der Nähe von Wels' früherem Wohnort. Sie soll an den Widerstand des damaligen SPD-Vorsitzenden gegen den Nationalsozialismus erinnern und ein Zeichen für Zivilcourage und gegen Rechts extremismus setzen. Schröder, seit 2006 Schirmherr der Aktion „Gesicht zeigen“, mahnte in seiner Rede, im Sinne von Otto Wels nicht nachzulassen beim Kampf gegen Intoleranz und Rassismus.

„Es ist für mich eine große Ehre, als ehemaliger SPD-Parteivorsitzender bei der Einweihung der Otto-Wels-Stele dabei zu sein“, sagte Schröder. „Die Rede des damali-



Gerhard Schröder.

Foto: Schmitz

gen SPD-Vorsitzenden Otto Wels vor dem Reichstag, in der er 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz ablehnte, gehört zu den großen Augenblicken der deutschen Geschichte. Das war nicht nur ein mutiger Akt des Widerstandes; sein Einstehen für die Werte der Freiheit und Gerechtigkeit berührt die Menschen bis heute.“

Die Erinnerung an diese Rede, der Mut von Otto Wels und die zahllosen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft seien eine Verpflichtung, so Schröder. „Wir müssen Intoleranz, Anti-Semitismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden bekämpfen. Mit der harten Hand des Staates, aber ebenso mit der Klugheit von Demokraten. Wir müssen auch die dahinter stehenden Einstellungen und Haltungen in unserer Gesellschaft anprangern, weil sie die fundamentalen Grundlagen unseres Zusammenlebens in Frage stellen. Diese Auseinandersetzung betrifft uns alle, fordert den Staat und die ganze Gesellschaft.“ **BS** □

Landesparteitag am 10. Oktober

Franz Müntefering zum Ausgang der Bundestagswahl

Der nächste Landesparteitag der Berliner SPD findet am Sonnabend, d. 10. Oktober im Ellington Hotel (Saal Femina), Nürnberger Straße 50-55, 10789 Berlin statt. Beginn ist um 9.30 Uhr (Einlass ab 8.30 Uhr).

Auf der Tagesordnung stehen die Rede des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering mit einer Bewertung des Wahlergebnisses, die Wahl von 16 Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag sowie die Beratung von Statuten ändernden Anträgen und weiteren thematischen Anträgen.

Zur Diskussion steht u.a. ein Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg, der sich mit der Wohnungspolitik und Mietpreispolitik in der Metropole Berlin auseinandersetzt. Auch die Modernisierung von Wohnungen

dürfe nicht zur Explosion der Mieten führen, die weitere Steigerung von Mietnebenkosten soll begrenzt werden. Die Jusos fordern in einem Antrag vom Senat die Einrichtung eines Kreativ-, Kultur- und Freizeitzentrums auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof, das im Einzugsgebiet des Schillerkiezes und der Anrainer der Hasenheide liegt. Annahme empfiehlt die Antragskommission auch für einen Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg, der eine Ausweitung des Betreuungsumfangs in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung fordert. Anträge aus Spandau fordern eine nach Beitragsjahren differenzierte Verbesserung der Grundversorgung in der Altersversorgung. **BS** □

➡ www.spd-berlin.de/lpt09-2

„Die Rede“:

„Die kulturellen Kräfte wieder wecken“

Barbara Kisseler zeigte Perspektiven einer modernen Kulturpolitik auf

„Kulturabbau wird es mit der SPD nicht geben. Der ohnehin nicht zu große Kulturetat darf nicht für das Versagen von Banken und die Pulverisierung von gesellschaftlichem Vertrauenskapital in Haftung genommen werden“, versprach Barbara Kisseler, Chefin der Berliner Senatskanzlei und im Team von Frank-Walter Steinmeier zuständig für Kulturpolitik. Auf Einladung des Kulturforums der Sozialdemokratie und des Kulturforums Stadt Berlin zeigte sie in einer Rede in den Kammerspielen des Deutschen Theaters Perspektiven für die Kulturpolitik auf.

Mit zwei Fehlinterpretationen räumte Barbara Kisseler gleich zu Beginn auf: „Erstens ist Kulturpolitik kein staatlich verordnetes Beruhigungsmittel und zweitens besteht das Wesen von Kulturpolitik nicht in der Vermeidung von Debatten, sondern darin, sie anzustoßen, vielleicht sogar, sie zu erzeugen.“

DIE ZUKUNFT AUSGEBLENDET?

Dem derzeit von der CDU gestellten Kulturstaatsminister attestierte Barbara Kisseler, für kontinuierlichen Zuwachs im Bundeskulturetat gesorgt zu haben - mit Unterstützung des SPD-Finanzministers und der SPD-Fraktion. „Aber geht es im Amte des Kulturstaatsministers wirklich nur darum, gezielte Klientelpolitik zu betreiben, damit verbunden auch, sich Loyalität durch Abhängigkeit zu sichern und im Übrigen die Verteilung von finanziellen Mitteln auf das fraglos gesellschaftlich Konsentiertere zu beschränken?“ fragte Barbara Kisseler. „Wo bleibt da der entscheidende Mehrwert, den Kunst und Kultur für die Gesellschaft bereit halten, wo finden sich der Eigensinn, die Subversion, der produktive Zweifel in den Künsten? Wo ist die heilsame Wechselwirkung zur politischen Selbstwahrnehmung? Und wo bleibt die Antwort auf die Frage: Welche kulturelle Infrastruktur brauchen die Menschen in 10, 20 oder 30 Jahren? Wie stellen wir die öffentlich zugänglichen Institutionen und Netzwerke sicher, die Kommunikation und Teilhabegerechtigkeit sichern, wenn diese Grundbedingungen der Gesellschaft aufgrund der Erosion sozialer Netzwerke (Familie, Nachbarschaft etc.) zu einem immer knapper werdenden Gut werden?“

In Zeiten der Krise habe die Kulturpolitik eine wachsende Bedeutung. Ökonomie der Zukunft bedeute „eben auch, die kulturelle Kraft unseres Landes zu betonen, sie für einen neuen Aufschwung zu nutzen“, so Bar-



Barbara Kisseler im Deutschen Theater. Foto: Horb

bara Kisseler. „Aber wir müssen diese Kraft auch wecken und entdecken, den Diskurs im Sinne des Fortschritts führen und die Kultur als Mittel geistiger Beweglichkeit auch erkennen. Niemand soll erwarten, dass das von allein geschieht. Es reicht nicht, Kultur nur zu alimentieren und allein auf ihre öffentliche Präsenz zu hoffen. Jeder Einzelne muss diesen Rahmen auch zu nutzen wissen, sich am Diskurs über eine Kultur des Miteinanders auch beteiligen. Die Kultur darf nicht nur, ja sie muss mehr Selbstbewusstsein entwickeln, Ansprüche deutlich geltend machen. Und die Gesellschaft darf und muss mit ihr rechnen. Insofern liegt in der Krise auch eine Chance, die Bedeutung der Kultur für eine offene, moderne und menschliche Gesellschaft ernster zu nehmen. Das bedeutet nicht, die Unterschiede der Lebensweisen und -formen in unserem Land zu verkleistern, sondern den Wert der kulturellen Pluralität herauszustellen.“

POTENZIALE DER KREATIVWIRTSCHAFT NUTZEN

Barbara Kisseler wies auf den Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier hin, in dem die Potenziale der Kreativwirtschaft aufgezeigt werden. „Steinmeier war der Erste, der von einem Kreativpakt zwischen Wirtschaft, Politik und Künstlern sprach, was nur folgerichtig ist.“ In den vergangenen zehn Jahren habe die Kultur- und Kreativwirtschaft einen beachtlichen Aufschwung genommen. Mit einem Jahresumsatz von 132 Milliarden Euro habe dieser Wirtschaftszweig die Chemieindustrie hinter sich gelassen. Barbara Kisseler: „Kreative“ Unternehmungen bedeuten grundsätzlich immer auch ein Wagnis - dieses Wagnis sollte aber auch die Chance auf Erfolg und Verwirklichung bieten. In

diesem Kontext gehört es, die Künstlersozialversicherung weiter zu stärken, dafür Sorge zu tragen, dass Tarifverträge und soziale Mindeststandards im Kultur- und Medienbereich eingehalten und das geistige Eigentum geschützt wird.“

Die Kulturpolitikerin betonte die Chancen, die das Internet heute biete. „Ich bin sehr dafür, dass wir die Chancen des Internets für Information, Bildung und Beteiligung erkennen, ich bin aber dagegen, dass Ergebnisse geistiger Arbeit einfach zum Nulltarif abrufbar sind.“ Nutzerfreundlichkeit und die Rechte der kreativen Arbeitnehmer müssten in Einklang gebracht werden.

Besondere Bedeutung kommt nach Ansicht Barbara Kisselers der kulturellen Bildung zu. „In der Auseinandersetzung mit hellsichtigen Querdenkern und produktiven Zweiflern, mit denjenigen, die leidenschaftlich von einer Idee besessen, alle Regeln des Alltags auf den Kopf stellen und neues Denken erzeugen, liegt eine große Chance. Die Auflehnung gegen die Beschränkung des Denkens auf Funktionalität und Nutzen gehört ebenso zu den Anliegen kultureller Bildung, die sich übrigens auch auf eigene kreative Produktion ebenso bezieht wie auf Rezeption wie die Kritik an der Trägheit eingefahrener Seh- und Verhaltensweisen.“

Wer sich zudem Nutzerstudien von Kulturangeboten anschau, stelle fest, „dass weder im Hinblick auf die Generationen, noch im Hinblick auf soziale Schichten oder ethnische Indikatoren im jeweiligen Publikum auch nur annähernd ein Abbild unserer Gesellschaft vorliegt“, so Barbara Kisseler. „Oder um es konkret zu sagen: 20 % der in den letzten PISA-Studien getesteten Jugendlichen erreichen nicht die unterste Kompetenzstufe des Lesens und sind daher von jeder Form von Teilhabe weitgehend ausgeschlossen. Berücksichtigt man zudem, dass unter diesen 20 % Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional vertreten sind, kann man hier durchaus den Begriff der ‚organisierten Diskriminierung‘ verwenden.“

Barbara Kisseler warnte davor, Kunstförderung als Sozialförderung misszuverstehen. „Es geht nicht darum, auf dem Weg der Kunst Versäumnisse der Integrationspolitik auszuwetzen, aber wenn wir akzeptieren, dass Interkulturalität sozusagen der Normalfall moderner Gesellschaften ist, dann wäre der öffentliche Kulturbetrieb schlecht beraten, wenn er die Talente, die er dort vorfindet, nicht auch nutzen würde und das hier vorhandene Potential ans Licht heben würde.“

Finanzpolitik:

Die S-Bahn übernehmen

Hans Willi Weinzen: Kommunalisieren statt Privatisieren

Wer derzeit in Berlin versucht, mit der S-Bahn zu fahren, entwickelt eine Stimmung, die irgendwann auch zur näheren Beschäftigung mit dem Strafrecht anregt: Warum ist Mehdorn noch nicht in Moabit? Mitsamt Tatgehilfen?

Im Strafrecht soll es einen Tatbestand Transportgefährdung geben, der sogar nach Straße und Schiene unterscheidet. In Aussicht gestellt werden in § 315 Strafgesetzbuch sechs Monate bis zehn Jahre. Wer als Verantwortlicher für die Sicherheit durch grob pflichtwidriges Verhalten gegen Rechtsvorschriften zur Sicherung des Schienenverkehrs Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, sollte nach § 315 a Abs. 1 Punkt 2 angeblich auch bestraft werden. Der Versuch und sogar die schlichte Fahrlässigkeit sind strafbar. Auch das Kaputtmachen der eigenen Weichen und Waggonen ist nach § 315 b strafbewehrt.

Interessant wäre Rechtsprechung, ob Unterlassung der Wartung von Bremsen und Weichen und Nötigung der Kollegen in der Werkstatt und auf der Strecke, zwingend vorgeschriebene Wartungen börsengangfreundlich und fahrgastgefährdend zu verschlechtern oder ganz zu unterlassen, noch als nicht einmal fahrlässig oder doch schon eher als ein bißchen vorsätzlich transportgefährdend eingestuft würde. Vielleicht ist hier eine Novelle des StGB überfällig. Das Zerstören und Beschädigen von Transportmitteln in der unterlassenen Wartung kann doch nicht dann straffrei bleiben, wenn es hundertfach und tausendfach herbeigepreßt wird. Wann kommt hier eigentlich der erste Verantwortliche vor Gericht? Wenn die erste S-Bahn nicht mehr nur so, sondern mit hinreichend vielen Toten entgleist oder verbremst? Und wie steht es mit dem Schadensersatz der Verantwortlichen?

Neben der individuellen Sühne ist aber strukturelle Änderung anzuraten. Ein Blick in die geltende Koalitionsvereinbarung für den rot-roten Senat ist hier anregend. Vieles ist mittlerweile umgesetzt, einiges noch nicht angepackt. So ist für mich nicht zu erkennen, wie der auf Seite 17 ventilierte Einsatz der Koalition für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe aussieht. Kommunalisierung wäre auch für die Berliner S-Bahn zu prüfen.

Kommunalisierung könnte hier heißen, daß Dinge, die Gebietskörperschaften oberhalb der Kommune - wie der Bund mit seiner Bahn - nicht mehr leisten, künftig von der Kommune ganz oder teilweise sichergestellt werden. Auch wenn in Berlin eine politische Debatte über ein parteiübergreifen-

des Verständnis des wichtigen Interesses immer noch aussteht, der kommunale öffentliche Personennahverkehr ist ein solches. Die Voraussetzung des § 65 der Landeshaushaltsordnung für eine Beteiligung der Gebietskörperschaft Berlin an der formell privat als GmbH geführten Berliner S-Bahn ist erfüllt.

Ob man den Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge - der von Ernst Forsthoff ursprünglich geprägt wurde, um den Staat von der Wirtschaft fernzuhalten - dafür braucht, kann offen bleiben. Musgraves Begriff der meritorischen Güter, die gerade bei technischen Monopolen ohne den Staat nicht hinreichend geliefert werden, tut's vielleicht auch. Letztlich ist es eine politische Frage, die im Einzelfall zu entscheiden ist. Wer Banken vor dem marktkonformen Konkurs rettet, darf sicher auch Bremsen reparieren. Menschenleben sind wichtig.

Daß ausgerechnet die geschädigten Kommunen oder Regionen im schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr im jeweiligen Nahverkehrsunternehmen ohne Sitz und Stimme sind, ist ohnehin genauso absurd wie der Rückzug der Kommunen aus anderen genuin kommunalen Unternehmen mit technischen Monopolen. Bei den kommunalen Energieversorgern kaufen sich immer mehr Kommunen, nachdem die Verbraucher durch Mondpreise gnadenlos abgezockt wurden, längst wieder ein.

Bei der S-Bahn sollte sofort zunächst eine Sperrminorität durch Minderheitsbeteiligung, im nächsten Jahr eine Beteiligung von 50 % angestrebt werden. Eigentlich gehört die S-Bahn perspektivisch mehrheitlich unter das Dach der BVG oder unter ein gemeinsames Dach mit ihr. Letzteres schloße Minderheitsbeteiligungen des Bundes und Brandenburgs nicht aus, das dominierende Interesse Berlins muß aber auch in den Beteiligungsverhältnissen zum Ausdruck kommen. Mit Beteiligung ist sofort der Aufsichtsrat entsprechend neu zu besetzen.

Die Beteiligung sollte zum Nennwert erfolgen. Buchgewinne wären arg dreist. Zumal die S-Bahn sicher nicht an Wert gewonnen hat, seit sie nach dem Zufallsprinzip durch Deutschlands Hauptstadt fährt. Der Nennwert der Berliner S-Bahn GmbH wird im Beteiligungsbericht 2007 des Bundes mit 77 Millionen Euro beziffert. Derzeit hält die DB Regio AG daran 100 %. Bei anderen Beteiligungen sind es übrigens auch weniger, manchmal nur 28%, 51,17 % oder 74,9 %. Minderheitsbeteiligungen oder sogar Mehrheitsbeteiligungen anderer sind der DB Regio demnach schon jetzt nicht fremd.

Trotz extremer Haushaltsnotlage ließe sich ein Erwerb von Anteilen durch die Gebietskörperschaft Berlin ohne zusätzliche Belastungen für den Haushalt finanzieren. Hierzu wäre möglicherweise eine zweckgebundene Rücklage zu bilden - zunächst aus den einbehaltenen Zahlungen, die wegen des Desasters aus Kapitel 1270 Titel 540 03 Leistungen des Regional- und S-Bahnverkehrs nicht erfolgen. Dieser hat derzeit einen Ansatz von 284,1 Millionen Euro.

Bislang sind die Mittel nämlich ausweislich Erläuterung nicht übertragbar, somit am Jahresende 2009 eigentlich weg, wenn sie der S-Bahn nicht überwiesen wurden. Die deswegen in der Erläuterung ebenfalls vorgesehene Nutzung für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs in Titel 891 02 ist in jedem Fall inzwischen diskussionsbedürftig. Es erscheint wenig überzeugend, der S-Bahn dann mehr Geld als investiven Zuschuß zu geben, wenn man ihren konsumtiven Zuschuß kürzt, und ob ein paar Straßenbahnen bei der BVG früher und mehr prioritär sind, wäre auch zu diskutieren. Die ersparten Millionen sollten nicht für irgendwas verballert werden, auch nicht für irgendwas im öffentlichen Personennahverkehr.

Dauerhafter Einfluß sollte der Kommune Berlin wichtiger sein. Die verbindliche Erläuterung wäre zu tilgen. Das ersparte Geld sollte in den Beteiligungserwerb investiert werden. Wenn man sich schon in diesem Jahr verständigt, brauchte es nicht einmal eine Rücklage, sondern nur geänderte Erläuterungen und allenfalls einen neuen Titel. Im Kapitel 29 90 wartet im übrigen auch der Titel 831 66 Erwerb von Beteiligungen an sonstigen Unternehmen auf seinen Einsatz. Eine - ggfs. aus Haushaltsresten verschiedener Ressorts gespeiste - Rücklage für Kommunalisierungen oder Rekommunalisierungen wäre im übrigen generell zu prüfen. Sie macht die Koalitionsvereinbarung glaubwürdiger. In der Ansparphase kann sie haushaltsentlastend als Kassenverstärkungsrücklage dienen.

Auch für die Mehdornerben an der Bahnspitze hätten frisches Geld jetzt und künftig geteilte Verantwortung bei ruhigem und nicht bonusverdunkeltem Nachdenken möglicherweise Charme. Mit den Millionen kann man dann z.B. eine neue moderne Werkstatt als Ersatz der börsengeil zerstörten alten aufbauen, ohne eigenes Geld in die Hand zu nehmen. Zugleich wäre der mittelfristige Konkurs nach Fremdvergabe des Beförderungsauftrags unwahrscheinlicher geworden. Der nächste Landesparteitag sollte die Beteiligung Berlins an seiner S-Bahn beschließen. Kommunalisieren statt privatisieren. **Hans Willi Weinzen** □

Mehr zu öffentlichen Unternehmen: Hans Willi Weinzen: Berlin in der Finanzkrise. Bilanz einer Sanierungsstrategie, Berlin 2007, S. 96-164, ISBN 978-3-8305-1445-9

60 Jahre DGB:

Unabhängigkeit und Gemeinsamkeit

Die „Stimme der Arbeitnehmer“ hat in der SPD weiter ein starkes Gewicht

Gut eine Woche bevor der Deutsche Gewerkschaftsbund am 5. Oktober in Berlin seinen 60. Geburtstag feiert, wählt Deutschland einen neuen Bundestag. So ungewiss der Ausgang erscheint, eines ist klar: Auf eine schwarzgelbe Geburtstagstorte aus dem Kanzleramt ist der Jubilar nicht sonderlich erpicht, daran lässt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer keinen Zweifel.

Auch die Gründung des DGB vom 12. bis 14. Oktober 1949 im Kongressaal des Deutschen Museums in München fand kurz nach einer Bundestagswahl statt, der ersten der Bundesrepublik Deutschland. Sie hatte Konrad Adenauer, gewerkschaftlicher Nähe völlig unverdächtig, ins Kanzleramt geführt. Eine Enttäuschung für die meisten Delegierten des Gründungskongresses. Dabei hat die neu formierte Gewerkschaftsbewegung gerade ihre parteipolitische Unabhängigkeit zum Grundprinzip erhoben.

Die freigewerkschaftlichen Gewerkschaften pflegten wegen ihrer gemeinsamen Wurzeln mit der Sozialdemokratie einen politischen Dualismus, der nie frei von Spannungen war. Ihr Verhältnis klärten beide Träger der Arbeiterbewegung 1906 mit dem Mannheimer Abkommen, aber schon im Frühjahr 1919 kündigte es der gerade gegründete Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Man war unzufrieden mit der sozialdemokratisch geführten Regierung, der Ersten in der Weimarer Republik. Die neue Gewerkschaftsführung nannte sich parteipolitisch unabhängig, schließlich waren im Reichstag gleich drei Parteien mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung: SPD, USPD und KPD.

Die parteipolitische Unabhängigkeit in der aus den Westzonen entstandenen Bundesrepublik gründete sich auf einen Konsens, der die sozialdemokratische mit der christlichen und liberalen (hirsch-duncker-schen) Gewerkschaftsbewegung zusammenführte. Die nach 1945 in allen Besatzungszonen agierende KPD/SED hielt sich der DGB eher auf Distanz. In der Sowjetisch Besetzten Zone, ab 1949 in der DDR, hat die Gewerkschaftsbewegung einen Funktionswandel erfahren. Sie wurde Weisungsempfänger der Partei. Das erklärt den Sonderweg Berlins. Als immer mehr Gewerkschafter in der Stadt erkannten, dass der FDGB seine Politik sich von der SED vorschreiben ließ, gründeten sie Anfang 1948 die unabhängige Gewerkschaftsopposition UGO. Anders als in den Westzonen, wo sich die Mehrheit der Gewerkschaften 1948 für das



DGB-Stand am 1. Mai: Gewerkschaftsarbeit ist schwerer geworden.

Industrieverbandsprinzip entschieden hatte, blieb es in der Berliner UGO zunächst bei einem Nebeneinander von Industrie- und Berufsverbänden für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Davon mochten die Berliner auch nicht abrücken, als die UGO sechs Delegierte mit einem Aufnahmeantrag zum DGB-Gründungskongress nach München schickte. Der neugewählte DGB-Vorsitzende Hans Böckler versicherte den Berliner Delegierten die Verbundenheit des neuen gewerkschaftlichen Dachverbandes. Aber zu einer Aufnahme in den DGB kam es nicht, zugestanden wurde den Berlinern nur ein Teilnahmerecht an Vorstandssitzungen. Der damalige Berliner UGO-Vorsitzende Ernst Scharnowski sprach folglich von einem „außerordentlich mageren Ergebnis.“

UM DIE EINHEIT BEMÜHT

Erst im folgenden Jahr kam es zur Einigung. Die beiden UGO-Angestelltengewerkschaften GkB und GTW mochten nicht auf Berufssekretariate abgewertet werden und hatten gegen den Aufnahmemodus für die UGO in den DGB gestimmt, sie schlossen sich der im April 1949 gegründeten Deutschen Angestellten-Gewerkschaft an. Die anderen UGO-Verbände schlossen sich als Industriegewerkschaften im Juli 1950 dem Deutschen Gewerkschaftsbund nun als Berliner Landesbezirk an.

Zehn Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften zwischen 1946 und 1948 hatten sich um gewerkschaftliche Einheit bemüht, gerieten aber in den Sog der ideologischen Ost-West-Auseinandersetzung. Der FDGB (Ost) definierte sich als „Massenorganisation“ unter Führung der SED, so 1950 auf dem 3. FDGB-Kongress beschlossen; der DGB (West) betonte im Paragraphen 8 seiner Gründungssatzung die „Unabhän-

gigkeit gegenüber Regierungen, Verwaltungen, Unternehmen, Konfessionen und politischen Parteien“. Beide Gewerkschaftsbünde drifteten auseinander, beäugten sich kritisch, über das Ostbüro des DGB und das Büro für Gewerkschaftseinheit des FDGB. Kontakte blieben auf Jahrzehnte spärlich. Im Dezember 1984 kamen der Berliner DGB-Vorsitzende Michael Pagels und FDGB-Chef Harry Tisch zusammen. Im September 1989 reiste Tisch zum DGB-Vorstand nach Düsseldorf, und nur ein Jahr später war der FDGB nur noch Teil der deutschen Gewerkschaftsgeschichte.

Der DGB mit seinen anfänglich 16 Einzelgewerkschaften entfaltete im Nachkriegsdeutschland seine politische Gestaltungskraft: als Spitzenorganisation auf dem politischen Parkett, die Einzelgewerkschaften mit ihrer Tarif- und Betriebspolitik. Als allseits anerkannte Stimme der Arbeitnehmer beeinflusste der DGB die parlamentarische Beratung von Gesetzen. Zwischen 1967 und 1977 war er Bestandteil des Konsultationsgremiums „Konzertierte Aktion“, gebildet von Regierung, Unternehmerverbänden, Gebietskörperschaften und Gewerkschaften. Als die Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 Verfassungsklage erhoben hatten, stellte der DGB seine Mitarbeit in der Konzertierten Aktion ein. Finanzskandale um die Neue Heimat und Coop sowie Mitgliederrückgang bei den Einzelgewerkschaften schwächten den DGB. Fusionen der Einzelgewerkschaften ließen die Zahl der Mitgliedsverbände des DGB auf acht halbieren. Mit der ver.di-Gründung hat der DGB die seit 1949 außerhalb des DGB stehende DAG integrieren können.

Seit der Agenda 2010 ist die politische Schnittmenge zwischen DGB und SPD kleiner geworden. Die gewerkschaftliche Kritik an sozialdemokratischer Politik ist aber nicht unisono, sie fällt bei der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie moderater aus als bei ver.di und IG Metall. Dennoch ist die gewerkschaftliche Präsenz in der SPD unübersehbar: Drei Viertel ihrer Bundestagsabgeordneten sind Gewerkschaftsmitglied und mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre haben ein SPD-Parteibuch, schätzt FU-Professor Siegfried Mielke. Vor der Bundestagswahl hat der DGB den beiden Kandidaten für den Kanzlerjob, Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, nochmals deutlich gemacht, welche Politik die Arbeitnehmer von der künftigen Regierung erwarten.

Gunter Lange □

Vor 20 Jahren:

Der lange Weg zur Parteigründung

SDP-Mitbegründer Martin Gutzeit über die Vorgeschichte und die Opposition in der DDR

Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) hat einen jahrelangen Vorlauf. SDP-Mitbegründer Martin Gutzeit berichtet über die Zeit vor 1989.

BS: Als die Mauer gebaut wurde, waren Sie neun Jahre alt. Nimmt man da einen Staat wie die DDR nicht als ganz normal hin? Wie entsteht kritisches Denken?

Martin Gutzeit: Den Mauerbau habe ich sehr bewusst miterlebt. Wir lebten in der Nähe von Cottbus, mein Vater war dort Pfarrer. Gegenüber wohnte der Bäcker. Mit seinen Jungs habe ich immer gespielt. Im Sommer 61 haben sie sich abgesetzt. Den Bäcker hatten sie 1957 wegen eines politischen Witzes für anderthalb Jahre in den Knast gesteckt. Kurz vor dem Mauerbau sind wir mit der U-Bahn durch West-Berlin gefahren, wir hatten Verwandtschaft in Prenzlauer Berg. Später haben wir erfahren, dass auch sie in den Westen wollten und schon Stück für Stück ihre Sachen hinübergeschafft hatten. Es gab die Kollektivierung der Landwirtschaft, auch da sind viele in den Westen gegangen. Ich habe die Widersprüche sehr unmittelbar erfahren.

BS: Hat man nicht versucht, auch auf den Pfarrersohn politisch Einfluss zu nehmen?

Gutzeit: Das war damals in unserer Gegend noch Volkskirche. Insofern wusste die SED, dass sie da null Chancen hat. Zur Jugendweihe sind aus der Gemeinde meines Vaters vier Jugendliche gegangen, drei davon wollten zur Erweiterten Oberschule gehen. Ich wollte auch eine Berufsausbildung mit Abitur machen, die habe ich natürlich nicht bekommen und habe dann mein Abitur an der Abendschule gemacht, schon während der Lehre als Elektromonteur in Cottbus. Da ich dann Totalverweigerer beim Wehrdienst war, war aber ein normales Studium nicht drin.

BS: Also auch kein „Bausoldat“? Gab es da eine Regelung für?

Gutzeit: Nun, für Totalverweigerung gab es normalerweise anderthalb bis zwei Jahre. Aber man hat mich nicht geholt. Ich habe dann so eine Art privaten Ersatzdienst in einem Heim gemacht und Alte und Behinderte gepflegt. Ab 1972 habe ich Theologie am Sprachenkonvikt studiert, das war eine staatlich nicht anerkannte kirchliche Hochschule in Berlin. 1974 lerne ich schon Markus Meckel kennen.

BS: Welche politischen Einflüsse gab es? Wirkte sich der Prager Frühling aus?

Gutzeit: 1968 war ich 16, ich kann mich erinnern, dass mich dieser Einmarsch sehr beschäftigt und auch sehr erbost hat. Markus Meckel ist ja damals deswegen von der



SDP-Mitbegründer Martin Gutzeit ist heute Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

EOS geflogen und war dann auf einem kirchlichen Gymnasium in Hermannswerder. In den siebziger Jahren haben wir versucht zu verstehen, in welchem Staat und welcher Gesellschaft wir leben. Wir haben uns intensiv mit Philosophie beschäftigt, mit dem Anspruch, der erhoben wurde, eine sozialistische Gesellschaft zu sein.

BS: Die Idee müsste doch einem jungen Menschen gar nicht so schlecht erscheinen?

Martin Gutzeit: Wir haben natürlich die Art des Umgangs mit uns frühzeitig erlebt, wir haben auch den Drill erlebt. Dass durch diese Art Lösung, die man uns bot, die Widersprüche der modernen Gesellschaft gelöst werden, konnten wir wirklich nicht sehen.

BS: Freie Diskussion darüber war nur unter dem Dach der Kirche möglich?

Martin Gutzeit: Es war ja nicht nur ein Dach. Wir waren doch Teil dieser Kirche, das war unsere Welt. Am Sprachenkonvikt waren wir in der Studentenvertretung, haben sogar mal einen Streik organisiert. Das heißt, wir haben unsere „Übung“ auch in dieser Hinsicht gemacht. Es war kein Wunder, dass nachher in der ersten frei gewählten Volkskammer gleich mehrere Dozenten, Assistenten und Studenten vom Sprachenkonvikt waren.

BS: Wann spielten Umwelt- und Friedensbewegung eine Rolle?

Martin Gutzeit: Solche Fragen spielten in den siebziger Jahren schon eine Rolle. Im Studium haben wir uns mit Umweltfragen befasst, mit unserer Verantwortung. 1978/79 trafen wir uns in Naumburg mit Studenten der Kirchlichen Hochschule aus

West-Berlin und haben Abrüstungsverhandlungen gespielt. Das war nicht DDR-pur, das war eine andere Welt. Wir haben an den geistigen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West teilgenommen. Seit 1984 trafen wir uns in einem philosophisch-theologischen Studienkreis bei Peter Hilsberg, dem Vater von Stephan Hilsberg, Richard Schröder war dabei.

BS: Hatte man da schon das Gefühl, man steht unter Beobachtung?

Martin Gutzeit: Ja natürlich. Ich bin damit aufgewachsen. Ich hab das auch selbst erlebt. Und man wusste auch, was es kostet, wenn wir zum Beispiel Reiner Kunzes „Wunderbare Jahre“ abgetippt und weitergegeben haben.

BS: Nun lebte man in der real existierenden DDR mit dem Machtfaktor Sowjetunion. Ein Ende der DDR war nicht abzusehen.

Martin Gutzeit: Da macht man sich natürlich seine Gedanken über Handlungsspielräume. In den siebziger Jahren, da konnte man bestimmte Dinge lesen, berechnen und zu verstehen versuchen. Das war aber eher konspirativ. In den achtziger Jahren haben wir in den Gemeinden gearbeitet, Seminare gemacht, das ist dann schon offener gewesen. Da hatten wir Handlungsmöglichkeiten, Infrastruktur. Als Pfarrer hatte ich ein Pfarrhaus, auch ein Abzugsgarant. Mit Markus Meckel hatte ich mir auch nach dem Ende des Studiums noch ein ganzes Jahr private Philosophiestudien verordnet. Mit Michael Theunissen von der FU haben wir Kontakt aufgenommen. 81 war Meckel schon als Vikar in Mecklenburg, da haben wir zwei Tage bei ihm in Vipperow gegessen und Hegel studiert. Es war die Zeit, als die Gewerkschaftsbewegung in Polen viele Anhänger gewann. Und wir haben Mitte der achtziger Jahre auch darüber nachgedacht, ob man unsere Form von Opposition vielleicht neu erfinden muss.

BS: Aber da steckten keine konkreten organisatorischen Überlegungen dahinter?

Martin Gutzeit: Wir haben über Möglichkeiten diskutiert, kamen aber zu keinem anderen Konsens als unsere Vernetzung zu verstärken. Wir haben damals die mecklenburgischen Friedensseminare organisiert. Solche handfesten Überlegungen wie eine Parteigründung spielten bei den handelnden Personen keine Rolle. In einem System wie der DDR ist die politische Macht verfassungsmäßig bei der SED verortet gewesen. Die wussten, sie haben das Recht politisch zu handeln, wir nicht. In diesem Sinne wurde man in der DDR permanent politisch entmündigt, konnte keine Verantwortung übernehmen. Der Begriff

Fortsetzung von Seite 12

der Verantwortung war für mich sehr wichtig.

BS: Man hätte, um etwas zu verändern, in eine Partei eintreten können.

Martin Gutzeit: Also die Blockflöten spielten für uns gar keine Rolle. Und bei der SED muss man sehen: Sicher gab es da Leute, mit denen man reden konnte. Aber sobald da irgendjemand einen falschen Gedanken hatte, haben sie den doch gleich zur Schnecke gemacht. Da ist mit Sicherheit kein Klima von Dialog gewesen. Wer ein offenes Wort wagte, musste sofort damit rechnen, dass er die Grundlagen seiner bürgerlichen Existenz verlor.

BS: Wie hält man das über die Jahre aus, keinen wirklichen Einfluss zu haben?

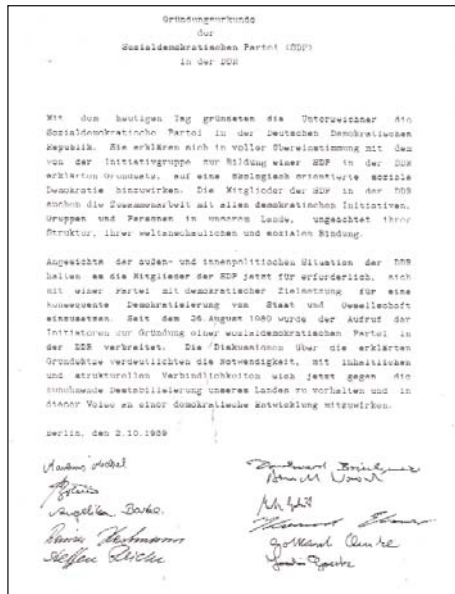
Martin Gutzeit: Wir haben die Zeit genutzt. Wenn wir dies nicht getan hätten, um uns inhaltlich zu verorten, hätten wir später nicht so offen handeln können. Es war ja klar: Das Land lebte von der Substanz. Wer in den achtziger Jahren offenen Auges durch die DDR ging, der sah: Die packen es nicht. Mit Gorbatschow entstanden dann andere Optionen. Es war klar, dass die Welt nicht mehr so bleiben würde, wie sie war. Im Juni 1988 habe ich mit Markus Meckel ein Papier für einen „Verein zur Förderung der Mitarbeit am gesellschaftlichen und politischen Leben in der DDR“ entwickelt. Ich kam dann für mich aus verschiedenen Gründen im Herbst 1988 zur Entscheidung: Ein Verein reicht nicht, wir müssen eine Partei gründen. Man muss eine Handlungsoption haben.

BS: Die Richtung stand dabei fest?

Martin Gutzeit: Die Sozialdemokratie mit ihrer Geschichte und ihren Grundsätzen war mir schon nah. Und sie bot mit der Sozialistischen Internationale einen weiteren Ansatz. Es wäre zudem für die SED nicht einfach gewesen, erneut Sozialdemokraten verhaften zu lassen und vor Gericht zu stellen. Und man konnte mit klaren Strukturen der Zersetzungsstrategie des Ministeriums für Staatssicherheit entgegenwirken: Wer mitmachen wollte, musste sich an die Prinzipien halten.

BS: Wie lief der Kontakt zu Markus Meckel?

Gutzeit: Von Juni 1988 bis Januar 1989 habe ich Markus Meckel nicht gesehen. Seit 86 war ich Assistent am Sprachenkonvikt bei Richard Schröder, Markus Meckel ist 1988 nach Magdeburg gezogen. Im Januar 89 haben wir über die Frage der Parteigründung gesprochen und uns im Februar erneut getroffen. Markus Meckel hat die Gründung einer Partei als Handlungsoption schon im Februar das erste Mal öffentlich erwähnt. Ich habe mich dann an ein Papier gesetzt. Ab Ende April hatte ich einen Computer, aber noch keinen Drucker. Bevor ich mich im Juli dann mit Markus Meckel wieder getroffen habe, musste ich das Pa-



Erste Gründungsurkunde vom 2. Oktober.

pier mit der Schreibmaschine vom Bildschirm abtippen.

BS: Gab es Kontakte zu anderen Oppositionsgruppen?

Gutzeit: Ja, ich wusste, wo sich etwas tat. Ich bin auch im Juni zu Bärbel Bohley gegangen und habe ihr gesagt, wir wollen eine sozialdemokratische Partei gründen. Aber ihre Antwort war nur: Mit Macht will ich nichts zu tun haben. Markus Meckel hat sich im Juni dann bei Rechtsanwalt Schnur...

BS: ... der später als Stasi-Mitarbeiter enttarnt wurde...

Gutzeit: ...erkundigt, wie es um die rechtlichen Bedingungen für eine Parteigründung steht. Die Stasi wusste also frühzeitig Bescheid. Meckel hatte zudem im Juli auf einem Seminar, an dem auch Ibrahim Böhme teilnahm, das Papier gezeigt. Am 1. August hatte die Stasi von Böhme einen Bericht darüber. Da stand drin, dass keine Kenntnis darüber besteht, wer außer Markus Meckel und Martin Gutzeit noch daran beteiligt ist, was natürlich für die Stasi Mist ist, weil sie nicht weiß, welche Kreise das bereits gezogen hat. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juli haben Markus Meckel und ich unseren Aufruf fertig gemacht. Am 21. August haben die Initiatoren der des Demokratischen Aufbruchs getagt, die haben sich aber gegen unser Konzept entschieden, weil sie ein breiteres Bündnis anstrebten.

BS: Zur selben Zeit sind immer mehr Menschen aus der DDR abgewandert

Gutzeit: Dieses Phänomen hatten wir seit den siebziger Jahren. Von meinem Studienjahr ist bestimmt ein Drittel übergegangen. Aber es ist richtig: die fehlten uns auch in Opposition.

BS: Wie kam der Gründungskreis für die SDP zusammen?

Gutzeit: Am 25./26. August haben wir unseren Aufruf bei einem Menschenrechtsseminar in der Golgatha-Gemeinde vorge-

stellt. Am 25. hat Arndt Noack, den wir auch schon seit den siebziger Jahren kannten, den Aufruf mit unterschrieben, am 26. Ibrahim Böhme und Pfarrer Becker aus Halle. Unseren kirchlichen Vorgesetzten haben Markus Meckel, Arndt Noack, und ich angekündigt, dass wir das nicht als Kirchenmitarbeiter sondern als Staatsbürger betreiben wollten. Daraufhin antwortete mein Vorgesetzter: Na gut, wir haben ja auch Pfarrer, die in der CDU sind. Am 18. September haben wir uns im Sprachenkonvikt getroffen, da waren u.a. auch Konrad Elmer und Angelika Barbe mit dabei. Ein weiteres Treffen, bei dem wir über die Grundsätze gesprochen haben, war am 25. Und wir wollten die Gründung auf alle Fälle sicherstellen: Wenn jemand von den Unterzeichnern verhaftet werden würde, dann sollte es jemand im Hintergrund geben, der einspringen konnte. Inzwischen meldeten sich auch immer mehr Interessenten.

BS: Warum SDP und nicht gleich SPD?

Gutzeit: Es sollte bewusst nicht die SPD in Ost-Berlin wiederbelebt werden, was ja auf Grund alliierten Rechts möglich gewesen wäre. Unser Anspruch war, eine Partei für die ganze DDR zu gründen. Deshalb SDP, deshalb auch Schwante und nicht Berlin für die Gründung.

BS: Wie wurde das Programm diskutiert?

Gutzeit: Wir standen vor ganz anderen Herausforderungen. Hier ging es darum, die Grundlagen für eine offene Gesellschaft und einen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen. Das waren eher Verfassungsgrundsätze als ein konkretes Programm. Diese Art von Monopolstruktur wie die DDR sie hatte, war ausgesprochen antiemanzipatorisch. In einer strafrechtlichen Einschätzung des MfS von damals wird deutlich: Unser Vorhaben zielte auf die Machtbasis der „Einheitspartei“ SED. Markus hat in Schwante einen programmatischen Vortrag gehalten, über den wir dort gesprochen haben. Konrad Elmer hatte den Auftrag, ein Statut vorzulegen. Ich selbst habe die Vorlage für die zehn programmatischen Paragraphen des Statuts gemacht.

BS: Welche Vorsichtsmaßnahmen wurden getroffen?

Gutzeit: Es gab zwei Exemplare einer Gründungsurkunde vom 2. Oktober mit den 11 Unterschriften der an diesem Tag Anwesenden, die an sicheren Stellen deponiert wurden und notfalls veröffentlicht werden sollten, wenn unser Treffen am 7. verhindert werden sollte. Niemand sollte sich in der Nacht vor der Gründungsversammlung in seiner Wohnung aufhalten. Damit der Treffpunkt in Schwante nicht vorher bekannt wurde, habe ich verschiedene Leute unterwegs mit dem Auto abgeholt. Morgens hatte ich in verschiedenen Kaufhallen nach und nach Lebensmittel für 40 Personen eingekauft.

Interview: Ulrich Horb □

Gemeinsame Zeit unter Gleichgesinnten

Die SPD Hermsdorf erinnert an Edith Kargl

Edith Kargl ist im März 1976 in die SPD eingetreten. Sie war nie nur zahlendes Mitglied. In der SPD Hermsdorf hat sie mit Ausnahme der Position der Vorsitzenden alle Funktionen innegehabt, die man innehaben kann, angefangen von der Unterkassiererin und Beisitzerin bis zur stellvertretenden Abteilungsvorsitzenden und Schriftführerin. Viele Jahre lang war sie Kreisdelegierte. Edith war Aktivposten und Aushängeschild für unseren Ortsverein, sie hat lange Zeit das Gesicht der SPD Hermsdorf mitgeprägt.

Aber ihr ging es weniger um Posten und Mandate. Sie war Sozialdemokratin aus tiefster Seele. Vielleicht hat die Tatsache, dass sie in einer großen Geschwisterschar aufgewachsen ist, ihr das Lied vom Teilen ins Herz gebrannt. Nicht weil es im SPD-Programm steht, sondern aus innerer Überzeugung und eigenem Erleben trat sie rational und emotional für soziale Gerechtigkeit und eine glaubwürdige Friedenspolitik ein.

Sie war keine unkritische Sozialdemokratin. Alles, was von „oben“ kam, legte sie auf

die Waage und überprüfte es kritisch, ob es mit ihrem Bild von sozialer Demokratie übereinstimmte. Und sie konnte sich vor allem dann leidenschaftlich erregen, wenn sie meinte, neue Regelungen würden die Menschen nur bevormunden und gängeln. Sie konnte es nicht ertragen, wenn sie sich in ihrer Freiheit eingeschränkt fühlte.

Ediths Arbeit für die SPD war wesentlich davon geprägt, dass sie sich ganz praktisch engagierte. Ich erinnere mich, wie wir in ihrem Keller saßen und gemeinsam Tannenzweige zurechtstutzten und daran mit Draht rote Kerzen befestigten, um daraus Gestecke für einen vorweihnachtlichen Info-Stand zu basteln. Dazu gab's Saft und Kartoffel-Chips. Oder wir füllten gemeinsam Brotboxen mit Gummibärchen und Buntstiften für eine Schulanfänger-Verteilaktion. Oder sie brachte große Platten mit Käsehäppchen für einen Empfang mit. Sie mochte solche Aktionen.

Edith liebte die innerparteiliche Geselligkeit. Wie oft haben wir in ihrer Wohnung in der Fellbacher Straße im Souterrain gesessen, diskutiert und gefeiert und Ediths Gastfreundlichkeit genossen. Und immer

wurden wir liebevoll und stilvoll - auch darauf legte die großen Wert - betreut und gut bewirtet. Für sie bedeutete die Mitgliedschaft in der SPD eben nicht nur, Programme zu studieren und Strategien für ihre Umsetzung zu erarbeiten, sondern auch, mit Gleichgesinnten in netter und anregender Atmosphäre die Freizeit zu verbringen.

Sie hat krankheitsbedingt ihre Aktivitäten in letzter Zeit eingeschränkt, aber nie hat sie sich ganz zurückgezogen. Sie hat immer versucht, sich von der Krankheit nicht ganz unterkriegen und sich nicht alles diktieren zu lassen.

Und so haben wir sie noch erlebt, wie sie trotz ihrer schweren Krankheit und der andauernden, belastenden Chemo-Therapie im Juli bei unserem Grillfest dabei war und munter mitdiskutierte. Wenige Woche danach, am 27. August, ist sie dann verstorben.

Ediths unkonventioneller Geist, ihr warmherziger Sinn und ihr praktisches Tun für den innerparteilichen Zusammenhalt werden uns fehlen. Wir danken ihr.

Gabi Thieme-Duske □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

TERMINE

- **Bundestagswahl, 27. September**, 8 bis 18 Uhr.
- AfB Charlottenburg-Wilmersdorf, **Gewaltprävention an Schulen**, mit Thomas Härtel, Staatssekretär SenInn, Vorsitzender der Landeskommision gegen Gewalt, 07.10. von 18:00 -20:00 Uhr, Helmuth-James-von-Moltke-Schule, Gemeinschaftsraum 113, Heckerdamm 221, 13627 Berlin
- August-Bebel-Institut, **Die Wahl und der Ruf nach Reformen – Nachlese zur Bundestagswahl 2009**, Mo 5. Oktober 2009, 18–20 Uhr, Referenten: Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Freie Universität Berlin, und Ralph Bollmann, Buchautor und taz-Redakteur, Mo 5. Oktober 2009, 18–20 Uhr in der Galerie im Kurt-Schumacher Haus, Berlin Wedding, beitragsfrei, Anmeldung: 4692 122
- August-Bebel-Institut, **„Zivilgesellschaft(en) in Berlin und Istanbul“ – Stadt als Ort zivilgesellschaftlichen Engagements**, Dienstag, 6. Oktober 2009, 19–22.15 Uhr. Zivilgesellschaftliche Gruppen aus den beiden Partnerstädten Berlin und Istanbul streben eine nachhaltige Vernetzung in den Bereichen Stadtentwicklung, Umwelt, Frauen & Gender, Migration und Gewerkschaften an. Anmeldung bis 25. September, Veranstaltung N30, Tel. 4692 122. Weitere Informationen: www.berlin-istanbul-2009.de
- SPD Berlin, **Landesparteitag**, Sonnabend, 10. Oktober im Ellington Hotel (Saal Femina), Nürnberger Straße 50-55, 10789 Berlin. Beginn ist um 9.30 Uhr (Einlass ab 8.30). Tagesordnung und Anträge im Internet unter www.spd-berlin.de/lpt09-2
- AGS Spandau, Berliner Sparkasse, Filiale Spandau, Wirtschaftshof Spandau e. V., **Russlandkreis, Gast Nils Busch-Petersen**, Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes Berlin-Brandenburg zum Thema „Einzelhandel in

Spandau“, Dienstag, 13. Oktober 2009, um 19.00 Uhr, Uferpalais, Brauereihof 19, 13585 Berlin-Spandau.

■ August-Bebel-Institut, **Marzahns Metamorphosen – Stadtteilerkundung zu Fuß und mit der BVG**, Sa 24. Oktober 2009, 15–17 Uhr. Matherhorn? Elfter Himmel? Shoppingparadies? Erlebnispark Marzahn? – So manche/r reibt sich irritiert die Augen, wenn er oder sie neuerdings von Marzahn liest. Ein Streifzug durch das nördliche Marzahn, wo heute mit den »Ahrensfelder Terrassen« die moderne Großsiedlung neu erfunden wird. Referent: Herr Jodok, Stattreisen Berlin, Sa 24. Oktober 2009, 15–17 Uhr in Berlin Marzahn, Beitrag 5 € (ohne BVG-Ticket), Anmeldung bis zum 9. Oktober, Veranstaltung N39, Tel. 4692 122

■ SPD Tempelhof Schöneberg - Projektgruppe Grundeinkommen i. Gr. Berlin, **Vorstellung der negativen Einkommensteuer**, mit Robert Podzuweit, mit Herbert Wilkens, Netzwerk Grundeinkommen, Donnerstag, 29. Oktober 2009, um 19.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, im Raum 2047 oder 204, John-F.-Kennedy-Platz, Interessenten bitte melden bei Günter Schwarz: gue.schwarz@web.de

■ August-Bebel-Institut, **Gutes tun – und darüber für Presse und Internet schreiben**, Sa 7. November 2009, 10–17 Uhr. Wie erzeuge ich Aufmerksamkeit für mein politisches Anliegen? Wer sind die Adressaten einer Pressemitteilung oder eines Pressegesprächs? Welchen formalen und inhaltlichen Kriterien muss die Ansprache der Medien folgen? Wie setze ich eigene Internetangebote dabei ein? Referenten: Ulrich Horb, Chefredakteur „Berliner Stimme“ und Udo Tremmel, Kommunikationsdesigner. Sa 7. November 2009, 10–17 Uhr in Berlin Wedding, Beitrag 10 €, Anmeldung bis 25. Oktober, Veranstaltung N35, Tel. 4692 122, Mail:

■ **aktuelle Termine der Berliner SPD** finden Sie im Internet unter: <http://www.spd-berlin.de/termine/>

Wahlpartys am 27. September

Die bis Redaktionsschluss vorliegenden Wahlpartys in den Bezirken:

Mitte: Lindengarten ab 17 Uhr, Nordufer 15, 13353 Berlin

Friedrichshain-Kreuzberg: Wahlparty c/o Karrera Klub mit B. Böhning im Lido, ab 22.00 Uhr, Lido, Cuvrystr. 7, 10997 Berlin

Pankow: ab 17:30 Uhr im Cafe Nord, Grumkowitzstr. 21, Ecke Schulstr, 13187 Berlin-Pankow, Nähe S- und U- Bhf. Pankow

Charlottenburg-Wilmersdorf: Hotel Kurfürstendamm am Adenauerplatz, ab 17.00 Uhr mit Petra Merkel, Kurfürstendamm 68, 10707,

Spandau: Café Charlotte, ab 17.00 mit Swen Schulz, Charlottenstr. 14a, 13597 Berlin (Alt-Stadt Spandau)

Steglitz-Zehlendorf: Taverna Kreta, Potsdamer Straße 3, 14163 Berlin

Tempelhof-Schöneberg: Ratskeller im Rathaus Schöneberg ab 17.30 mit allen Parteien, John-F.-Kennedy Platz 10825 Berlin

Neukölln: Kreisbüro Neukölln, 17.00 - 20.00 Uhr mit Fritz Felgentreu, Sonnenallee 124, 12049 Berlin

Treptow-Köpenick: Kandidatenbüro Kajo Wasserhövel, ab ca. 17.45, Glienicke Straße 2, 12557 Berlin

Marzahn-Hellersdorf: Wahlparty im Schloss Biesdorf, ab 17:00 Uhr, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

Lichtenberg: Kiezspinne ab 18 Uhr, Schulze-Boysen Str. 38, Nachbarschaftshaus Orangerie

Reinickendorf: Wahlparty im Foyer des Ernst-Reuter-Saals, 17:30 - 22:00 Uhr, Rathaus Reinickendorf, Neubau, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

Ausstellung zur Bürgerbewegung

Die Ausstellung „Zur Bürgerbewegung in der DDR“ von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird noch bis zum 9. November in der Golgathakirche in Mitte gezeigt.

Die Ausstellung kann donnerstags von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr und sonntags von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr besucht werden. Es wird in diesen Zeiten auch ein fachkundiger Genosse vor Ort sein. Die Ausstellung ist auch gerade für SchülerInnen gut geeignet sich über diese Zeit zu informieren.

U. D. □

➡ Ausstellung in der Golgathakirche, Borsigstraße 6.

S PRECHSTUNDEN

■ **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.

■ **DETLEF DZEMBRTZKI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de

■ **DR. EVA HÖGL**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin-Neukölln. Bitte Termine erfragen und anmelden unter 687 20 83.

■ **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de.

■ **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de

■ **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911

■ **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90.

-- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.

■ **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de

-- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.

■ **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Galeriegespräche:

Zugang zur Kultur

Michael Müller und Matthias Lilienthal diskutierten

Zur Premiere der neuen Diskussionsreihe „Galeriegespräche“ hatte das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie den Theatermacher Matthias Lilienthal und den SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller geladen. Über die aktuellen Debatten hinaus wagten beide einen Blick auf die Veränderungen der Kulturlandschaft in der Zukunft.

Lilienthal, Intendant des „Hebbel am Ufer“ (HAU) mit seinen drei Spielstätten, hat Theaterprojekte initiiert, die Stadtteil und Kultur verbinden und weit über Berlin hinaus Aufsehen erregten. Und auch die Grenzen zwischen Theater und Realität wurden aufgelöst, wenn Rimini-Protokoll und das HAU den Besuch einer Siemens-Hauptversammlung öffentlich inszenierten. Kritiker honorierten die Arbeit mit etlichen Auszeichnungen.

Michael Müller hatte ein anderes Publikum im Blick, als er von der Notwendigkeit sprach, kulturelle Räume anzubieten. Eine neue Landeszentralbibliothek könnte zum Beispiel ein solcher Raum für all diejenigen sein, die einen kostenlosen Zugang zu Medien brauchen. Allerdings verwies der SPD-Fraktionsvorsitzende darauf, dass die Meinungsbildung dazu in der Fraktion derzeit noch laufe.

Für Matthias Lilienthal spielten solche öffentlichen Kulturräume offenbar keine allzu große Rolle mehr, jedenfalls in einer Szene, die sich ihre Räume selbst schafft, die für Inszenierungen auch auf die Suche nach entsprechenden Räumen geht oder sie für sich besetzt. Und auch die uns vertrauten Räume wie etwa das Kino sieht Lilienthal vor gravierenden Veränderungen, denn sie könnten nicht nur Filmabspielorte bleiben, sondern werden immer mehr verschiedene Veranstaltungsformen integrieren müssen. Zwischen Kino, Theater und



Winfried Sühlo (m.), Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie, begrüßte zum ersten Galeriegespräch Matthias Lilienthal und den SPD-Landesvorsitzenden Michael Müller. Foto: Horb

Bildender Kunst gebe es immer mehr Überlappungen. „Der Ort ist das Netz“, spitzte es Lilienthal zu. Dass der Regierende Bürgermeister zugleich Kultursenator sei, habe, so Lilienthal, zu einer Konsolidierung und zu mehr Ruhe in der Berliner Kulturlandschaft geführt.

Michael Müller, der mit seinem Vater eine Druckerei in Tempelhof leitete, in der der Schriftsatz noch gepflegt wird, verwies auf die Tradition der Schriftsetzer und Buchdrucker: Sie standen auf Grund ihres Bildungsvorsprungs an der Spitze der Fortschrittsbewegung. Bildung und Kultur sollten für alle zugänglich werden - ein Ziel, dem sich die SPD noch heute verpflichtet fühlt.

In der Diskussion ging es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern um eine Stärkung der kulturellen Vielfalt, aber auch konkret um die Förderung der kulturellen Bildung. Michael Müller verwies auf die Mittel, die Schulen dafür zur Verfügung stehen, Künstler in die Schulen zu holen. Diese Mittel sollen auch erhalten bleiben. **U.H.** □

KULTURTIPPS

„Wie geht es weiter mit der Opernstiftung?“ Dieser Frage geht die Freie Volksbühne Berlin im Rahmen ihrer Kultur-Montage in einem Gespräch mit Peter F. Raddatz, dem neuen Intendanten der Opernstiftung, nach. Im Gespräch mit Professor Dieter Pforte und Dr. Günter Schulz wird der neue Intendant seine Zukunftspläne darlegen und seine Rolle im Spannungsfeld zwischen den künstlerischen Produktionen und einer stringenten kaufmännischen Führung erläutern.

➡ Montag, 5. Oktober, um 19.30 Uhr, im Siegfried-Nestriepke-Haus, Ruhrstr. 6, 10707 Berlin. Der Eintritt ist frei.

Bilder von Bernd Mehlitz sind vom 26. September an auf Gut Sarnow in der Schorfheide zu sehen. Die Acrylbilder des Künstlers, der lange Jahre in der Berliner Senatskulturverwaltung tätig war, zeigen „Impressionen aus Stadt und Land“. Gut Sarnow liegt in Groß Schönebeck. Die Ausstellungseröffnung mit Bernd Mehlitz findet um 15 Uhr statt. Um 16 Uhr ist ein Benefiz-Konzert mit der Akademie der Staatskapelle Berlin mit Werken von Mozart, Ravel und Dvorak vorgesehen. Der Eintritt kostet 10 Euro, der Erlös kommt der Orgel der Immanuelkirche zugute.

➡ Gut Sarnow, Eichhorster Chaussee 5, 16244 Schorfheide, Telefon: 0333 93-65 825, Mail: gut-sarnow@gmx.de

Fotografien vom Ende des Sozialismus zeigt der Martin-Gropius-Bau vom 3. Oktober bis 13. Dezember. Der Fotograf Harald Schmitt, der seit 1977 für den Stern arbeitete und fünf Jahre in Ost-Berlin lebte, zeigt in seinen Bildern die Umbrüche der achtziger Jahre in der DDR, der Sowjetunion, der CSSR, Polen, Litauen und China.

➡ Harald Schmitt: Sekunden, die Geschichte wurden, Martin Gropius-Bau, 3. Oktober bis 13. Dezember, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin, geöffnet: mittwochs bis montags, 10 bis 20 Uhr.